Über die Haltung der GRF (KPD) zur Bundeswehr Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 7 vom 14. Februar 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Vom IGM – Apparat organisierte Warnstreiks können nicht darüber hinwegtäuschen

IGM Apparat will Lohnraub durchsetzen

In fast allen Großbetrieben sowie in vielen mittleren und kleinen Betrieben der Metallindustrie haben Ende letzter Woche insgesamt ca. 150000 Arbeiter Warnstreiks von 15 Minuten bis zu einer Stunde durchgeführt. Diese Streiks fanden statt, nachdem die Metalltarifverhandlungen in allen Bezirken für gescheitert erklärt worden waren.

Die Kollegen in den Betrieben sind natürlich zurecht empört, sie wollen gegen die verschärfte Ausbeutung und Verelendung kämpfen, und sie wollen in diesen Tarifrunden eine Lohnerhöhung und keinen Lohnraub.

Dieses ganze Tarifverhandlungstheater des Gewerkschaftsapparates, der Kapitalisten und der D,,K''P von ,,Unternehmerwillkür'', ,,Provokation'' und ,,verhärteten Fronten'' wird den Kollegen nur vorgespielt, um möglichst leicht den gemeinsam von vornherein geplanten Lohnraub durchzusetzen. Es wird den Kollegen vorgetäuscht, daß wesentliche Widersprüche zwischen den Interessen des Gewerkschaftsapparats und den Kapitalisten bestehen würden. Tatsächlich kämpfen aber der Gewerkschaftsapparat und die Kapitalisten auf der gleichen Seite, und zwar gegen die Arbeiterklasse. Es geht dem Gewerkschaftsapparat überhaupt nicht darum, die Interessen der Arbeiter nach Lohnerhöhung, nach Verbesserung ihres Lebensstandards durchzusetzen. Bewußt lenken sie auf Nebenforderungen ab, tun so, als würde die Frage, ob noch die in diesem Jahr auslaufenden Tarife jetzt besprochen werden müßten oder nicht, die entscheidende Frage für das Scheitern oder den Abschluß eines Tarifvertrages ist.

Was bringen angesichts dieser Tatsachen den Arbeitern solche Warnstreiks? Der Gewerkschaftsapparat stellt diese Streiks bewußt als spontane Streiks der Arbeiter heraus, um den Eindruck zu erwecken, daß die Arbeiter scheinbar von sich aus die Verhandlungen des Gewerkschaftsapparates unterstützen.

Wie diese Streiks zustande kamen, berichtet uns ein Kollege von Opel Bochum. ,,Kurz vor der 11 Uhr-Pause kam unser Vertrauensmann, er meinte: ,,Hör mal zu, heute verlängert ihr mal eure Pause um eine Viertelstunde, nach der Pause wird die Maschine nicht angefaßt, wir legen die Klamotten nieder wegen der Tarifrunde. Sag das auch deinen Kollegen und erklär das den Ausländern.' Kein Meister oder Abteilungsleiter kam und hat uns zur Arbeit aufgefordert, erst als die verlängerte Pause vorbei war, da haben sie uns wieder angetrieben.''



Daß insgesamt 150000 Arbeiter gestreikt haben, das ist eine gute Sache, denn das zeigt, daß eine Kampfbereitschaft gegen die Angriffe der Kapitalisten besteht. Diese Kampfbereitschaft will der DGB-Apparat unterdrücken. Nicht nur, daß er die Arbeiter nach kürzester Zeit wieder an die Arbeit schickte, er stellte auch die Forderung nach mehr Lohn, um die es den Kollegen geht, bewußt nicht in den Mittelpunkt der Streiks.

Der Gewerkschaftsapparat und die D,,K''P stellen diese Streiks als Antwort der Kollegen auf das provokatorische Verhalten der Unternehmer hin. ,,Rund 150000 Metallarbeiter in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben am Mittwoch, Donnerstag und Freitag gestreikt, um ihren Protest gegen die unzumutbare Haltung der Unternehmer auszudrükken.'' — ,,Arbeitnehmer weisen Unternehmerprovokation zurück'', schreibt die D,,K''P.

Was bedeutet das denn, wenn das Verhalten der Kapitalisten als eine unzumutbare Haltung, als eine Provokation dargestellt wird? Sind die Kapitalisten denn sonst friedliche, dem Arbeiter wohlgesonnene Menschen?

Nein, die Kapitalisten haben die Natur eines Raubtieres, sie beuten die Arbeiter aus, sie sind bereit, ganze Völker in Kriegen zu vernichten, einzig und allein um ihres Profits willen. Und gerade jetzt in solchen kapitalistischen Krisen, da treiben sie **systematisch** die Verelendung der Arbeiterklasse voran. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich ständig verschlechtert, sie haben die Lasten der Krise zu tragen, der Lohn reicht nicht aus, um den Lebensstandard zu erhalten, in den Betrieben herrscht eine mörderische Arbeitshetze und ständig muß man Angst haben, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wie schon über 1,3 Millionen Kollegen.

Wer angesichts dieser Tatsachen das Verhalten der Kapitalisten als eine Provokation hinstellt, der tut so, als würden die Kapitalisten in diesem Fall einmal gegen die sonst ,,guten Sitten'' verstoßen.

Diese Warnstreiks sind bewußt vom Gewerkschaftsapparat inszeniert worden, um gerade die Empörung der Kollegen dahin zu kanalisieren, daß

Fortsetzung auf Seite 5

Zum Weissbuch der Bundesregierung

Die Bundesregierung gibt im neuen Weißbuch als Ziel ihrer sogenannten Sicherheitspolitik an, sie wolle den Frieden bewahren, die Unversehrtheit unseres Landes sichern, die Freiheit der Bürger schützen. Das Weißbuch selbst aber bietet Beweise genug, daß es den westdeutschen Imperialisten mitnichten um Frieden und Sicherheit für unser Land geht, sondern vielmehr darum, angesichts zweier Supermächte, die miteinander um die Hegemonie in der Welt rivalisieren, ihre eigenen Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Wie die Weißbücher der letzten Jahre auch, ist die Grundlage für die „Sicherheitsüberlegungen" der Bundesregierung der Kampf der USA-Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten um die Wahrung und Ausweitung ihrer Machtbereiche und Einflußgebiete. Die Verschärfung der Rivalität zwischen den beiden Supermächten schlägt sich im Weißbuch vor allem so nieder, daß die Notwendigkeit der absoluten Treue zum NATO-Bündnis und zum US-Imperialismus betont und die forcierte Aufrüstung der NATO — vor allem der Ausbau ihres nuklearen Potentials — gefordert wird. Der drohende Unterton an die Adresse derjenigen NATO-Länder, die diese Politik nicht so mitmachen wollen, wie Washington es wünscht, ist nicht zu überhören.

Die Bundesregierung behauptet, es ginge ihre um Frieden und Sicherheit für die Bürger der Bundesrepublik. Wie ist es aber damit zu vereinbaren, wenn sie selber im Abschnitt „Die Sicherheitspolitik der Bundesregierung feststellt: „Zugleich ist Westeuropa die vordere Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten und damit ein wichtiger Faktor amerikanischer Sicherheit"? Wie ist es weiterhin zu vereinbaren, wenn es im Zusammenhang mit der „Vornewegverteidigung" der NATO heißt: „Mit dem Einsatz nuklear-strategischer Mittel bringen sich die USA in Gefahr, ihr eigenes Territorium einer korrespondierenden Waffenwirkung der Gegenseite auszusetzen. Westeuropa hingegen, vor allem die Bundesrepublik, würde schon vor einer Eskalation bis zur nuklearstrategischen Stufe Schlachtfeld eines Krieges sein, der mit konventionellen und womöglich auch mit nuklear-taktischen Mitteln geführt wird "? Wie ist es weiterhin damit zu vereinbaren, wenn im Weißbuch einerseits ausdrücklich die Auswechslung amerikanischer Versorgungstruppen gegen Kampftruppen in der Bundesrepublik bejubelt wird, weil sie angeblich der Sicherheit der Bürger dient und nur wenige Seiten weiter festgestellt wird, daß es auch weiterhin die Aufgabe der Bundeswehr bleiben soll, bei einem Angriff der russischen Sozialimperialisten den Feind so lange aufzuhalten, bis die „politische Führung" Zeit hat, entsprechende schlagkräftige Gegenmaßnahmen zu treffen?

Fortsetzung auf Seite 2

Verhindert die Abschiebung der türkischen Patrioten!

Drei der kürzlich in Köln verurteilten türkischen Patrioten sollen in die Türkei abgschoben werden. Ömer Özerturgut und Mustafa Tutgun wurden sofort nach der Urteilsverkündung in ein Gefängnis in Duisburg-Ruhrort gebracht, das als letzte Station vor der Abschiebung gilt. Auch Hatice Yourtas soll abgeschoben werden. Alle drei haben politisches Asyl beantragt. Aber die Tatsache, daß zwei von ihnen trotzdem sofort in ein anderes Gefängnis verlegt wurden zeigt, daß man nicht auf eine günstige Entscheidung aus Bonn hoffen darf. Nur unsere Solidarität kann die Abschiebung der türkischen Patrioten verhindern.

Die türkischen Patrioten sollen ausgewiesen werden, weil die Kölner Staatsschutzkammer unter Vorsitz von Richter Somoskoey sie wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" verurteilt hat. Das Gericht erklärte, diese Vereinigung sei deshalb kriminell, weil sie sich eine „marxistische Ideologie maoistisch leninistischer Prägung" zu eigen gemacht habe und den gewaltsamen Umsturz in der Türkei plane. Als Beweis dafür nahm das Gericht Schriften wie die Peking Rundschau usw., die hier in der Bundesrepublik keinerlei Verbot unterliegen.

Das Gericht behauptet, die drei Türken seien „Terroristen". Aber diese Tatsachen zeigen, daß sie allein wegen ihrer Gesinnung ausgewiesen werden sollen. Ähnlich wie zum Beispiel Paul Pittam, den die Stadt Köln allein deshalb nach England auswies, weil er presserechtlich Verantwortlicher der KPD/ML war und gegen eine faschistische Kundgebung der NPD in Köln gekämpft hatte.

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Spanien

Verstärkter Zugriff des US-Imperialismus

Am 25. Januar unterzeichnete Kissinger, der Chef der US-Diplomatie, in Madrid gemeinsam mit Areilza, dem Außenminister der monarcho-faschistischen Juan-Carlos-Clique in Spanien den „Freundschafts- und Militärvertrag" über die Benutzung der vier amerikanischen Luft- und Seestützpunkte auf spanischem Boden für weitere fünf Jahre. In dem Vertrag ist außerdem die Bildung eines gemeinsamen Generalstabes vorgesehen, der beauftragt ist, Pläne für die vollständige Unterordnung der spanischen Streitkräfte unter den USA-Imperialismus auszuarbeiten, weiter die Bildung eines gemeinsamen Rates unter Vorsitz der Außenminister.

Nach der Unterzeichnung des Vertrages erklärte Kissinger darüberhinaus, daß die USA Spanien in Zukunft wie ein Land des aggressiven NATO-Paktes behandeln wollen. All dies zeigt, daß die amerikanischen Imperialisten, die Oberherren Spaniens, ihre Kontrolle über das Land und das monarcho-faschistische Regime Juan Carlos' verstärken. Spanien hat für die im Rahmen ihrer Rivalität um die Weltherrschaft mit den russischen Sozialimperialisten große strategische Bedeutung, kontrolliert es doch den Ausgang des Mittelmeeres in den Atlantischen Ozean. Die amerikanischen Imperialisten haben Spanien also zum Aufmarschgebiet für ihre aggressiven Ziele in diesem Teil der Welt gemacht. Sie haben auf den spanischen Stützpunkten zehntausend Soldaten stationiert und geben dafür jährlich ungefähr 500 Millionen Dollar aus.

halten können, auf dem sie sogar die Legalisierung der Carrillo-Revisionisten forderten und ein Bündnis mit ihnen nicht ausschlossen. Die Zulassung der modernen Revisionisten forderte auf diesem Parteitag auch Kai Uwe von Hassel, der als Gesandter der CDU an dem Parteitag teilgenommen hatte. Die Reise Hassels nach Spanien, wo er auch vom König empfangen wurde, ist ein Teil der Anstrengungen der westdeutschen Imperialisten ihren Einfluß in Spanien zu erhöhen, überall die konterrevolutionären Kräfte aufzupäppeln und sich ihnen ergebene politische Kräfte zu schaffen.

Die ganze Werbekampagne und das Geschrei darüber, daß Spanien auf dem Weg zur Demokratie sei, soll die Welt nur glauben machen, daß der Faschismus in Spanien der Vergangenheit angehöre. Das spanische Volk wird sich davon nicht täuschen lassen, es verstärkt seinen Kampf für seine Freiheit. In diesem Kampf findet die mutige und entschlossene Haltung der Revolutionäre, der Angehörigen der FRAP und der Genossen der PCE/ML immer größere Anerkennung. Die faschistische Polizei hat die Verfolgung der Revolutionäre verstärkt und nach wie vor foltert die Guardia Civil in den Gefängnissen. Der folgende Abschnitt eines Briefs politischer Gefangener aus dem Gefängnis zeigt aber auch den ungebrochenen Mut und die Siegeszuversicht der spanischen Genossen:



Am 1. Februar demonstrierten in Barcelona über 10000 Menschen und forderten: „Freiheit für alle politischen Gefangenen!" Die faschistische Polizei ging mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor.

Sie werden außerdem der monarcho-faschistischen Juan Carlos Regierung die riesige Summe von 1 Milliarde 200 Millionen Dollar zukommen lassen, in erster Linie in Form von Militärhilfe. Damit werden die Madrider Herrscher in erster Linie ihre Militärmaschine verstärken, um sie gegen die mächtige Bewegung des spanischen Volkes, in erster Linie gegen die revolutionären Kräfte einzusetzen. Diese Bewegung, die Streiks, Demonstrationen, die Zusammenstöße mit der Polizei haben auch in der letzten Zeit zugenommen und stürzen das Regime und seine imperialistischenOberherren in zunehmende Bedrängnis. Gewalt und Terror der Polizei und der anderen bewaffneten Kräfte des Regimes sind die Antwort auf die gerechten Kämpfe des Volkes.

Gleichzeitig ist eine riesige Werbekampagne für das faschistische Regime gestartet worden, um ihm eine „liberale" und „demokratische" Verpackung zu geben und es als Regime des „Wandels zur Demokratie" hinzustellen. Diese weltweite Kampagne wird begleitet von der Propagierung der „Opposition", der „oppositionellen" christlichen Demokraten, der Sozialisten und nicht zuletzt der modernen Revisionisten. In der einen oder anderen Form hat das Regime ihnen allen Zusammenarbeit angeboten und ihre Legalisierung angekündigt. Die christlichen Demokraten haben einen öffentlichen Parteitag ab-

„Die verschiedensten unmenschlichen Foltern beginnen in den frühen Morgenstunden und dauern bis tief in die Nacht hinein. Sie schlagen uns, wo immer sie können. Sie wollen uns zwingen, zu sprechen ... Aber unsere Haltung war und bleibt immer dieselbe: die von Revolutionären. Wir lieben das Leben und unser tapferes Volk, wir lieben Spanien, aber wir fürchten uns nicht vor dem Tod, den die Faschisten uns im Gefängnis vorbereiten. Unsere Genossen kämpfen und dieser Kampf wird sicher mit unserem Sieg enden. Spanien wird bestimmt frei, unabhängig und sozialistisch werden ... Mit diesen Idealen vor Augen gehen wir in den Tod und rufen: ‚Es lebe das Volk! Es lebe das Vaterland! Es lebe die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten!' "

Das Bundesgesundheitsamt beschließt TBC-Impfzwang abgeschaft

Zehntausende in Gefahr

Frau Focke, Bundesgesundheitsministerin, verkündete vor kurzem: „Die Gesundheit unserer Kinder ist unser wertvollstes Gut. Sie liegt mir so am Herzen." Diese Heuchelei kann die harte Wirklichkeit nicht verstecken. Zwei Beschlüsse der Bundesregierung beweisen das.

Erstens: Röteln sind eigentlich eine ungefährliche Kinderkrankheit. Sie haben nur eine Tücke: Wenn eine Schwangere — oft unbemerkt — von den Röteln befallen wird und noch nie Röteln gehabt hat, dann kann es sein, daß ihr Kind mit schweren Schäden zur Welt kommt. Mißbildungen der Augen, Ohren, des Gehirns und andere fürchterliche Krankheiten können die Folge sein. Bei jeder tausendsten Mutter, die als Schwangere erstmals Röteln bekommt, passiert das.

Das bedeutet: in jedem Jahr werden ungefähr tausend verkrüppelte Kinder geboren. Das wäre überhaupt nicht nötig, wenn jedes Mädchen mit ungefähr 10 Jahren dagegen geimpft würde.

Seit vielen Jahren ist es möglich — ohne jede ernste Nebenwirkung — jede heranwachsende Frau vorbeugend gegen so ein fürchterliches Schicksal zu impfen. Diese Impfung kostet ca. 30 DM. Umgerechnet auf unser Volk müßten also jährlich nur wenige Millionen ausgegeben werden. Dann würde kein einziges dieser Kinder verkrüppelt zur Welt kommen.

Die Bundesregierung aber rechnet eiskalt: Einige Millionen sind uns wichtiger als tausend verkrüppelte Kinder. Die eigenen Familien — so denken sie — schützen wir ja vor diesem Schicksal, denn wir haben einen Arzt, der uns das sagt und Geld, das zu bezahlen.

Ein zweites Beispiel: Das Bundesgesundheitsministerium hat die Tuberkulose-Impfung der Säuglinge als gesetzliche Impfung abgeschafft. Begründung: „Der Gesamtaufwand einer allgemeinen Impfung lohnt nicht mehr." In einer gemeinsamen Erklärung protestierten die deutsche Gesellschaft für Kinderkrankheiten, die Gesellschaft für Sozialpädiatrie und der Berufsverband der Kinderärzte dagegen. Wenn das Ministerium sagt: „Der Gesamtaufwand lohnt nicht mehr", dann heißt das auf gut deutsch: Zehntausende von tuberkulosekranken Kindern, die entweder lebenslang geschädigt sind oder sterben, können wir verkraften — das Geld, das wir durch die weggelassene Impfung sparen, ist uns wichtiger.

So brutal wird vom kapitalistischen Staat gerechnet. Eine andere Schlußfolgerung lassen die Tatsachen nicht zu. Doch sie haben sich verrechnet. **Unser Volk wird auch anhand dieser** „kleinen" Tatsachen lernen und sagen: Von diesem kapitalistischen Staatsapparat können wir nur Schlechtes erwarten, er muß in der proletarischen Revolution zerschlagen werden. Durch den schleichenden Terror, den die Bourgeoisie tagtäglich auch mit so kleinen Beschlüssen wie dem, diese Impfungen nicht mehr zu bezahlen, gegen unser Volk durchführt, sterben täglich viele Menschen. Das sind viel mehr Menschen, als die Revolution an Opfern erfordert. Deshalb haben sich die Herren verrechnet. Denn immer mehr erkennen: Die Opfer, die die Revolution von uns fordert, lohnen sich, denn dadurch wird der Weg freigemacht für ein Leben, in dem der Terror der Bourgeoisie ein für allemal beseitigt ist.

Zum Weißbuch der Bundesregierung

Fortsetzung von Seite 1

Kein halbwegs vernünftiger Mensch wird behaupten, daß es der Sicherheit des Volkes dient, wenn unsere Soldaten als Kanonenfutter für die Interessen der Wallstreet-Bosse verbluten, genauso wie kein halbwegs vernünftiger Mensch behaupten kann, daß es den Interessen der deutschen Werktätigen nützt, wenn sich der Krieg um Amerikas Interessen zunächst einmal auf westeuropäischem, auf deutschem Boden, abspielen soll. Genauso spricht es wohl kaum für die Besorgnis der westdeutschen Imperialisten um die Sicherheit des Volkes, wenn einerseits zur Stärkung der NATO, zur Finanzierung der amerikanischen Truppen hier usw. die Ausgaben ständig steigen, während es auf der anderen Seite nach wie vor gerade für 2 bis 3 % der Bevölkerung Bunker gibt. (Was gerade für die Mitglieder der Bourgeoisie reichen dürfte.)

Die sogenannte Sicherheitspolitik, die sich im neuesten Weißbuch der Bundesregierung ausdrückt, ist nicht im Interesse des Volkes. Es ist eine imperialistische Politik. Sie ist Ausdruck davon, daß die westdeutschen Imperialisten auf eine bedeutende Rolle in der NATO und in Europa hoffen, bzw. ihre Stellung ausbauen wollen. Dabei sonnen sie sich in der bevorzugten Behandlung durch Washington und spielen zum Dank dafür in Westeuropa die Rolle eines Polizisten für die USA-Imperialisten, machen sich zum Sprachrohr für die Verstärkung der NATO und ihrer verstärkten Kontrolle durch die USA-Imperialisten. Wie schamlos sie dabei die Interessen des deutschen Volkes verraten, zeigt ihre eigene Erklärung, daß es darauf ankomme, an den Grenzen der Bundesrepublik die amerikanische Sicherheit zu verteidigen.

Gleichzeitig versäumt es die Bundesregierung natürlich auch in ihrem Weißbuch nicht — trotz zum Teil recht konkreter Überlegungen über mögliche kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Nato und dem Warschauer Pakt — Illusionen über den wahren Zweck der Aufrüstung der Militärblöcke beider Supermächte zu schüren. Aber der Frieden wird nicht sicherer, je mehr beide Blöcke aufrüsten, es gibt kein „Gleichgewicht des Schreckens".

In einer Sendung von Radio Tirana heißt es dazu: ***„Beide Supermächte zeigen immer offener ihren expansionistischen Appetit, um die europäischen Länder und Völker zu versklaven. Konkret findet die Verstärkung der NATO und ihre Kontrolle durch die USA parallel damit statt, daß der andere aggressive Block, der Warschauer Pakt, verstärkt wird und die sowjetischen Sozialimperialisten seinen Mitgliedsländern die Zügel straffer ziehen. Diese beiden Blöcke verteidigen die hegemonistischen Ziele der beiden Supermächte in Europa und den umliegenden Gebieten und sind die Urheber dafür, daß die Spannung und Unruhe auf unserem Kontinent zunehmen. Daher ist es eine vordringliche Aufgabe der europäischen und anderen Völker, ihre Wachsamkeit zu verstärken und den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus sowie ihre Produkte, die aggressiven Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes immer mächtiger zu bekämpfen."***

Kurz berichtet

DETMOLD

In Lippe kämpft seit Anfang Januar die ROTE GARDE Detmold für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland. Die ROTE GARDE plant mit Unterstützung der Sympathisanten und in Aktionseinheit mit dem RJVD Mitte Februar eine Veranstaltung zum § 88a. Hierzu wurde bereits das Extrablatt des ROTEN MORGEN gesteckt und Plakate verklebt. Weiterhin will die ROTE GARDE in der nächsten Zeit im Jugendheim und in einer Jugendzentrums-Initiative arbeiten, um die Jugendlichen in ihren Kämpfen zu unterstützen und um Jugendliche für die ROTE GARDE zu gewinnen. Außerdem ist im Jugendzentrum Höxter eine Ausstellung sowie eine Veranstaltung zur Volksrepublik Albanien geplant.

WESTBERLIN

Zum Jahreswechsel 1975/76 wurde im Süden Westberlins bei Daimler-Benz eine neue Betriebszelle gegründet. Am 19. 1. 76 erschien die erste Betriebszeitung bei **Daimler-Benz „Der Rote Stern"**. Die Betriebszelle hat sich nach dem Datum ihrer Gründung den Namen „7. Jahrestag der Gründung der Partei" gegeben.

Der Rote Stern
Betriebszeitung der KPD/ML bei Daimler-Benz Zelle 7 Jahrestag der Gründung der Partei
V.i.S.d.P. Th. Scheffer 1-65 Schererstr. Nr. 1/76

WESTBERLIN

Rund 350 Menschen nahmen in Westberlin an einer Veranstaltung der Partei zu Ehren des Genossen Tschou En-lai teil. Auf der Veranstaltung wurde dann der chinesische Spielfilm „Feuerrote Jahre" gezeigt.

HAMBURG

„Arbeiterjugend voran" ist der Titel der neuen Zeitung der ROTEN GARDE für die Lehrlinge an Hamburger Berufsschulen. Die erste Nummer beschäftigt sich unter dem Titel „Schicksal oder Mord', mit dem „Unfall" auf der „Anders Maersk", bei dem 26 Kollegen getötet wurden.

ARBEITERJUGEND VORAN
Nr. 1 Januar 76
Für die Lehrlinge an Hamburger Berufsschulen
ROTE GARDE Jugendorganisation der KPD/ML

KITZINGEN

Am 29. 1. zeigte die Partei in Kitzingen einen Dia-Vortrag über Albanien. Von den über 30 Teilnehmern der Veranstaltung wurden 40 DM für die KPD/ML gesammelt.

KASSEL

Am 31. 1. 76 fand in Kassel eine Solidaritätsveranstaltung für die politischen Gefangenen im Iran statt. Unterstützt wurden vorbereitende Aktionen und die Veranstaltung selbst von der Partei, der RHD, dem KBW und der GRF (KPD). Insgesamt kam auf dieser Veranstaltung eine Spende von 300 DM zur Unterstützung der politischen Gefangenen zusammen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten
HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML
Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Gründung der KPD/ML in der DDR wird begeistert begrüsst

Die Nachricht von der Gründung der KPD/ML in der DDR hat unter allen Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Menschen große Freude ausgelöst. Das drückt sich unter anderem in zahlreichen Grußadressen aus, die das Zentralkomitee unserer Partei erhalten hat. Daß in den Werktätigen in Westdeutschland ein revolutionärer Haß auf das sozialfaschistische Regime in der DDR lebt, drückt sich in den hohen Verkaufszahlen des letzten ROTEN MORGEN aus und in den lebhaften Diskussionen an den Verkaufsständen der Partei. Bereits in diesen wenigen Tagen hat sich die große Bedeutung der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML für den Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland gezeigt, hat sich erwiesen, daß der Mut und die Kampfentschlossenheit der Genossen in der DDR ein Ansporn für alle Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Menschen im Kampf für die sozialistische Revolution ist.

Im folgenden drucken wir eine erste Auswahl der Grußadressen ab.

Kommunistische Partei Frankreichs/ Marxisten-Leninisten, Zentralkomitee

Paris, Anfang Februar 1976

An Genossen Ernst Aust, Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Liebe Genossen,

das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten hat mit sehr großer Freude von der Pressemitteilung Kenntnis genommen, in der Ihr die Gründung der Sektion „DDR" Eurer Partei in der Deutschen Demokratischen Republik bekannt gebt. Diese neue und bedeutende Entwicklung der revolutionären proletarischen Aktivitäten Eurer Partei wird die Wirksamkeit Eures gerechten Kampfes für ein vereintes, unabhängiges und sozialistischen Deutschland vervielfachen.

Die Tatsache, daß Eure Partei die Arbeiterklasse und die Werktätigen in Ostdeutschland zum Kampf für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats aufruft, gegen die neue revisionistische Bourgeoisie und ihre Herren, die russischen Sozialimperialisten und daß sie zum bewaffneten Sturz der Diktatur der westdeutschen Bourgeoisie in der Bundesrepublik aufruft, ist ein Beweis für die große Meisterschaft, mit der Eure Partei die theoretischen und praktischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus anwendet.

Indem Eure Partei den Kampf Eurer drei Sektionen, der der Bundesrepublik Deutschlands, der Westberlins und der der Deutschen Demokratischen Republik mit der Zielrichtung der proletarischen Revolution für die gesamte Arbeiterklasse und das gesamte deutsche Volk grundlegend vereinigt, marschiert Eure Partei mit Mut und Entschlossenheit gemäß der gerechten Entwicklung der Geschichte und den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Deutschlands vorwärts.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten bittet Euch, den mutigen Genossen Eurer Partei, die es wagen, in der Deutschen Demokratischen Republik den Sozialfaschisten und russischen Sozialimperialisten und ihren schandbaren Lakaien und Verrätern, die die Führung des Staates und der Partei usurpiert haben, um diesen Teil Deutschlands in eine vollständig den Interessen der Renegaten und Verräter Moskaus bei ihren hegemonistischen Bestrebungen in Europa und in der Welt unterworfene Kolonie zu verwandeln, die Stirn zu bieten, unsere brüderlichen und herzlichen Glückwünsche zu überbringen. Diesen Genossen und Eurer Partei gehört unausweichlich die Zukunft, die den historischen Opfern würdig sein wird, die bereits in der Vergangenheit von den ruhmreichen und heroischen deutschen Kommunisten Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gebracht wurden.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten mit ihrem Vorsitzenden Ernst Aust! Es lebe die Einheit der marxistisch-leninistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs, die sich gründet auf die unsterblichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus!

Das Politbüro und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Frankreichs/ Marxisten-Leninisten

* * *

Rote Hilfe Deutschlands
Zentrale Leitung

An das
Zentralkomitee der KPD/ML

Liebe Genossen!

Mit großer Begeisterung haben wir im „Roten Morgen" von der Gründung der KPD/ML in der DDR gelesen. Die Zentrale Leitung der RHD beglückwünscht im Namen aller Mitglieder und Freunde der RHD die KPD/ML und ihr Zentralkomitee zu diesem bedeutenden Ereignis. Die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML ist ein großer Fortschritt für die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten und für die Errichtung des vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschlands.

Wir alle wissen, daß unsere Klassenbrüder in der DDR unter den schwierigen Bedingungen einer faschistischen Diktatur kämpfen, auch wenn die Honecker-Clique und ihre Oberherren im Kreml sich mit dem Mantel des Sozialismus tarnen. Für die Arbeiterklasse bedeutet das, daß sie jeglicher Rechte beraubt ist und brutal ausgebeutet und unterdrückt wird. Jede revolutionäre Regung, ja jede Opposition gegen diese Diktatur wird unterdrückt, die Gefängnisse sind voll von politischen Gefangenen, sie werden gefoltert, das ganze Volk wird von dem berüchtigten Staatssicherheitsdienst und dem KGB der russischen Besatzer bespitzelt.

Aber all das hat nicht verhindern können, daß sich auch unter diesen schwierigen Bedingungen die Marxisten-Leninisten sammelten und die KPD/ML schufen. Das ist ein großer Sieg und beweist, daß auch die wildeste Unterdrückung das Anwachsen der Kräfte der Revolution nicht aufhalten kann. Wo Unterdrückung herrscht, da gibt es auch Widerstand und die Gründung Eurer Partei in der DDR gibt uns die Gewißheit, daß dieser Widerstand anwachsen und sich organisieren wird.

Als wir vor einem Jahr die Rote Hilfe Deutschlands wiedergründeten, da waren wir uns bewußt, daß die Unterstützung des Kampfes unserer Klassenbrüder in der DDR eine der wichtigsten Aufgaben der Roten Hilfe ist.

In unserem Programm heißt es daher auch: „Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS unterstützt den schweren Kampf unserer Klassenbrüder in der ehemals sozialistischen DDR, die heute mit dem Deckmantel des Sozialismus unter faschistischer Knute gehalten werden, die man mit Mauer und Stacheldraht gefangenhält." Dementsprechend haben wir z. B. auch bei der diesjährigen Weihnachtshilfe für die politisch Verfolgten in der DDR gesammelt. Wir freuen uns nun besonders, daß durch die Gründung der KPD/ML in der DDR unsere Unterstützung für die verfolgten Klassenbrüder wesentlich konkreter werden kann. Wir möchten Euch daher hiermit 5000 DM aus den von der RHD gesammelten Geldern überreichen, als Beitrag der Solidarität gegen die politische Unterdrückung in der DDR. Der Kampf Eurer Partei wird sicherlich sehr schwer sein, er wird Opfer kosten. Wir möchten Euch daher an dieser Stelle versichern, daß die RHD die Werktätigen in Stadt und Land zur Solidarität aufrufen wird, Spenden sammeln wird und alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um den Terror zu brechen, damit wir gemeinsam möglichst schnell zu unserem großen Ziel kommen, dem VEREINTEN, UNABHÄNGIGEN, SOZIALISTISCHEN DEUTSCHLAND.

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF UNSERER KLASSENBRÜDER IN DER DDR!
SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER KPD/ML IN GANZ DEUTSCHLAND!

Rot Front!
ROTE HILFE DEUTSCHLANDS
Zentrale Leitung.

* * *

Teure Genossen!

Die Gründung der KPD/ML in der DDR hat bei uns große Freude ausgelöst — und nicht nur bei uns. Millionen in aller Welt werden dieses Ereignis begeistert begrüßen und Euch in Eurem Kampf um die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus gute Erfolge wünschen. Ihr, die Ihr unter tiefsten illegalen Bedingungen den Kampf gegen die sozialfaschistische Diktatur aufgenommen habt, habt uns damit ein hervorragendes Beispiel gegeben. Euer Mut, Eure Ergebenheit zur Arbeiterklasse und der Sache des Volkes werden eine gesunde und glückliche Zukunft für unser Volk für alle Zeit sichern. Wir stehen voll an Eurer Seite, Genossen, und senden Euch die brüderlichsten Kampfesgrüße.

Vorwärts mit der KPD/ML in der DDR!

20 Genossen des Arbeitertreffs der KPD/ML Hamburg-Barmbek.

* * *

Liebe Genossen!

Mit großer Freude haben wir die Nachricht von der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML aufgenommen. Jeder aufrechte Marxist-Leninist hat die Gründung und den Aufbau einer neuen revolutionären Vorhutpartei der Arbeiterklasse in der DDR schon lange erwartet. Das ist jetzt geschehen und wir sind besonders stolz auf den großen Erfolg der KPD/ML. Die Gewißheit, daß nun auch Genossen in der DDR unter Führung der bolschewistischen Partei gegen den revisionistischen Verrat und für die sozialistische Revolution kämpfen, stärkt unser Vertrauen in die KPD/ML und ermutigt uns, noch entschlossener für die Sache der Arbeiterklasse einzutreten. Gleichzeitig möchten wir den Genossen in der DDR unsere Verbundenheit und Solidarität aussprechen.

Die Gründung der KPD/ML in der DDR ist ein empfindlicher Schlag gegen die Revisionisten der SED. Sie haben die Diktatur des Proletariats liquidiert und durch die Diktatur der Bourgeoisie ersetzt. Sie haben die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes vollständig verraten. Vorbehaltlos stellen sie sich unter das Diktat der neuen Kreml-Zaren, die heute die DDR besetzt halten. Die russische Monopolbourgeoisie ist die eigentlich herrschende Klasse in der DDR. Sie ist der größte Feind der Arbeiter, Bauern und Werktätigen in der DDR.

Wir sind voller Zuversicht, daß die Herrschaft des Sozialimperialismus und der ostdeutschen Monopolbourgeoisie in der DDR, wie auch die Herrschaft des westdeutschen Imperialismus und des US-Imperialismus in Westdeutschland nur von zeitweiliger Dauer sein wird. Die Arbeiterklasse in der DDR und in Westdeutschland wird unter Führung der KPD/ML die sozialistische Revolution zum Siege führen und die Diktatur des Proletariats errichten bzw. wiedererrichten. Sie wird — eingereiht in die weltweite Front gegen die beiden Hauptkriegstreiber — die USA- und die russischen Sozialimperialisten vom deutschen Boden verjagen und somit einen großartigen Beitrag zum Sieg der Weltrevolution und zur Erhaltung des Weltfriedens leisten.

Es lebe das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland!

Sympathisantengruppe der KPD/ML in Herne (ehemals Sympathisanten der GRF)

* * *

Liebe Genossen!

Vielen Dank für das Telegramm mit der hervorragenden Nachricht. So steht jetzt aber der Kampf um ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes auf zwei Beinen. Dieser Erfolg ist zweifellos das Ergebnis der korrekten Linie unserer Partei und namentlich dem richtigen Verhältnis zur nationalen Frage.

Ihr könnt Euch sicher vorstellen, daß ich vor Freude bald vom Stuhl gefallen bin, als ich den Umschlag öffnete und die Nachricht las. Es lebe der Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen!

Vorwärts mit der KPD/ML!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Rot Front! Euer Genosse Heinz.

(Heinz Baron hat uns aus dem Gefängnis in Münster geschrieben).

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML Sektion DDR

auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund; Kto.: 321 004 — 547
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR.

Aus aller Welt

SUPERMÄCHTE

Die USA und die Sowjetunion plündern die lateinamerikanischen Länder, indem sie die Preise für Rohstoffe, die sie in diesen Ländern kaufen, senken und die Preise ihrer Industriewaren, die sie ihnen verkaufen, erhöhen. Infolge dieses ungleichen Handels haben die Länder Lateinamerikas schwere Verluste. So verlor **Kolumbien** allein im vergangenen Jahr etwa 224 Millionen Dollar, d.h. über 20% des Gesamtwerts seines Exports. Beträchtliche Verluste erlitten auch Brasilien, Paraguay und Argentinien. Die Plünderung der lateinamerikanischen Länder führen die beiden Supermächte auch über ihren massiven Kapitalexport durch. Die ausländische Presse berichtete, daß die amerikanischen Direktinvestitionen in Lateinamerika 1974 21 Milliarden Dollar erreichten. Durch die Ausbeutung der Naturvorkommen der lateinamerikanischen Ländern konnten die amerikanischen Gesellschaften große Profite aus ihnen schlagen. Auch die Sowjetunion hat in diesen letzten Jahren die Plünderung der Länder Lateinamerikas verstärkt. Sie verkauft ihnen alte Maschinen, die bei ihr auf Halde liegen, zu hohen Preisen. Die Preise der in die Länder Lateinamerikas exportierten sowjetischen Industriewaren sind 15 — 20 % höher als die der in andere westliche Länder exportierten. Angesichts dieser Lage haben die lateinamerikanischen Länder ihren Kampf zur Verteidigung ihrer Naturreichtümer und der Preise ihrer Rohstoffe verstärkt. In vielen Ländern wurden amerikanische Gesellschaften verstaatlicht.

ZIMBABWE

In ihrem Befreiungskampf haben die rhodesischen Patrioten neue Erfolge gegen die reaktionären Truppen des Rassistenregimes errungen und ihnen beträchtliche Verluste zugefügt. Es wird gemeldet, daß Ende Januar eine Einheit Patrioten mehrere Posten und Stellungen der Soldaten des Rassistenregimes im Norosten des Landes angriffen. Die Patrioten töteten eine Anzahl Soldaten, während die anderen in Panik davonliefen. Das Rassistenregime hat inzwischen, um den Befreiungskampf zu unterdrücken, zahlreiche Reservisten mobilisiert.

ISLAND

Die englischen Piratenschiffe plündern weiter die Fischvorkommen innerhalb der 200-Seemeilen Fischfangzone Islands. Die britische Labourregierung gab ihren Kriegsschiffen erneut Befehl, in der 200-Seemeilenzone zu kreuzen und Aggression gegen die isländischen Wachschiffe zu begehen. Diese Kanonenbootpolitik der britischen Regierung hat starke Empörung und Unzufriedenheit unter den breiten werktätigen Massen Islands hervorgerufen. Die entschlossene Haltung des isländischen Volkes hat die Regierung des Landes gezwungen, entschiedene Schritte zur Verteidigung der nationalen Souveränität und der nationalen Interessen zu unternehmen. Die Versuche Londons, Island zur Nachgiebigkeit in dieser Frage zu zwingen, hatten keinen Erfolg. Die Verhandlungen, die unlängst stattfanden, damit das Problem nach den Wünschen Britanniens gelöst wird, wurden erfolglos abgebrochen.

NORDIRLAND

Während die britischen Imperialisten in Nordirland ein neues Schwindelmanöver, eine sogenannte „Beratung über eine Verfassung" inszenieren, verstärkt die nordirische Bevölkerung ihren Widerstand gegen die britischen Besatzer immer mehr. Die britischen Kolonialtruppen können sich nirgendwo sicher fühlen. In Belfast führten die nordirischen Patrioten eine mutige Aktion durch, wobei sie einen englischen Soldaten töteten und mehrere verwundeten. Gleichzeitig strömten hunderte von Jugendlichen am 1. Februar in Derry auf die Straßen und riefen Losungen gegen die Besetzung ihres Landes. Zwischen ihnen und den Polizei- und Militärkräften kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Auch in London fand am 1. Februar eine große Protestdemonstration gegen die britische Besetzung Nordirlands statt. Die Demonstranten forderten den Abzug aller englischen Truppen aus Nordirland.

ITALIEN/ENGLAND/JAPAN

Auf die Versuche der Bourgeoisie, die Last der Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, antwortet die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern mit einer Verstärkung ihres Kampfes. Derzeit stehen hunderttausende im Streik und führen Demonstrationen durch, um gegen Massenentlassungen, Preissteigerungen, steigende Steuern und Inflation zu protestieren. In **Mailand** dauert bereits seit längerem der Streik der italienischen Arbeiter der britischen Gesellschaft Leyland Innocenti an. In Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter dieser Gesellschaft führten 25 000 Arbeiter und Studenten Mailands Demonstrationen durch. Die Demonstranten zogen durch die Straßen der Stadt und riefen zahlreiche Losungen gegen die schwere wirtschaftliche Lage und die große Zahl der Arbeitslosen. In **Glasgow** begannen die Kapitalisten des US-Autokonzerns Chrysler damit, die Löhne der Arbeiter zu senken und drohten mit Entlassungen. Daraufhin legten tausende von Arbeitern die Arbeit nieder und traten in den Streik, um ihren Forderungen nach höheren Löhnen, besseren Arbeitsbedingungen usw. Nachdruck zu verleihen. Mit dem Streik in Glasgow solidarisierten sich auch die Arbeiter des Chrysler-Zweigbetriebes in Coventry. In **Japan** organisierten tausende von Bahnarbeitern in Tokio aus Protest gegen die Entlassung von streikenden Arbeitern eine Großkundgebung. In der letzten Zeit hatten die kapitalistischen Eigentümer der Eisenbahnen Tokios 15 Arbeiter entlassen und für 245 weitere, die an einem Streik teilgenommen hatten, die Entlassung angekündigt. Die Zahl von aus diesem Grund entlassenen Arbeitern beträgt damit jetzt mehr als 5200.

BOLIVIEN

Nach einem Solidaritätsstreik von 25 000 Bergarbeitern mit den 820 Arbeitern einer Schuhfabrik mußte die bolivianische Regierung die Forderung der streikenden Arbeiter nach Wiedereinstellung der Kollegen der Schuhfabrik erfüllen. Die 820 Arbeiter der Schuhfabrik in Cochabamba, der größten des Landes, waren nach zehntägigem Streik entlassen worden, nachdem ihr Streik von der Regierung als „subversiv" eingestuft worden war.

THAILAND

Thailändische Patrioten überfielen vor kurzem rund 170 km von Bangkok, der Hauptstadt des Landes entfernt, eine Polizeistation. In dem Kampf der sich über sechs Stunden lang hinzog, gelang es den Patrioten, zwei Polizisten zu töten.

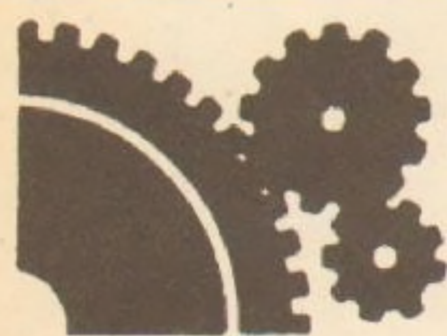
PALÄSTINA

Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA teilt mit, daß hunderte arabischer Einwohner in den besetzten arabischen Gebieten am Westufer des Jordan in den letzten Tagen Demonstrationen gegen die verstärkte Kampagne der israelischen Zionisten zur Hebräisierung der arabischen Territorien durchführten. Die Demonstranten forderten ebenfalls die Einstellung der amerikanischen Militärhilfe, die die israelischen Zionisten immer wieder von den US-Imperialisten erhalten. Demonstrationen dieser Art wurden in Nablus, Ramallah, Bethlehem und anderen Orten organisiert. Die Demonstranten zogen durch die Straßen und riefen Losungen, in denen sie die Expansionspolitik des Tel Aviver Regimes verurteilten. In ihrem Bemühen, den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zu unterdrücken, verurteilte jetzt ein Militärgericht der israelischen Zionisten 23 arabische Schulkinder zu hohen Geldstrafen, weil sie sich an einem Protestmarsch gegen die Unterstützung der Zionisten durch den US-Imperialismus beteiligt hatten. Die Schüler hatten, als zionistische Soldaten ihre Demonstration mit brutaler Gewalt aufzulösen versuchten, die anrückenden Truppen mit Steinen beworfen.

SAMBIA

Mehrere tausend Jugendliche haben am 25. Januar in der Hauptstadt Lusaka gegen jede ausländische Einmischung in Angola demonstriert und den sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Land gefordert. In einer Grußadresse an die Demonstranten verdammte Präsident Kaunda die sowjetische Aggresion gegen die Tschechoslowakei in der Vergangenheit und gegen Angola heute. Er sagte: „In Südvietnam und Kambodscha wurden die Marionetten, die vom US-Imperialismus und anderen unterstützt wurden, schließlich von den revolutionären Völkern besiegt. Ich glaube nicht, daß die kubanischen Truppen, die bei ihrer Intervention in Angola von der Supermacht Sowjetunion unterstützt werden, sich behaupten können." Während der Schlußversammlung der Demonstration wurde eine Erklärung verabschiedet, in der jede ausländische Einmischung in Angola verurteilt wird. Es heißt darin u. a.: „Wir verurteilen auf das entschiedenste alle ausländischen Eindringlinge in Angola und fordern den sofortigen Rückzug aller ausländischen Truppen, seien sie aus Südafrika, aus Kuba oder aus der Sowjetunion selbst. Wir lehnen alle imperialistischen und expansionistischen Ziele in diesem Teil der Welt vollständig ab und es spielt dabei keine Rolle, ob sie aus dem Osten oder aus dem Westen kommen. Denn, soweit wir betroffen sind, bleiben Imperialisten Imperialisten..."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

‚Bei Hitler waren die Gesetze auch nicht viel anders.'

Ich arbeite in einem Krankenhaus. Neulich diskutierten wir auf der Station über den DGB, weil jetzt bei uns Personalratswahlen anstehen. Weil ich im V-Leutekörper bin, erzählte ich, wie die das vorbereitet haben. Auf der Einladung der ÖTV zur Mitgliederversammlung stand nämlich ,,Mitgliederausweise sind mitzubringen". Die wollen nämlich keinen in den V-Leute Körper lassen, der nicht in der ÖTV ist. Das fanden schon alle Kollegen unverschämt, obwohl sie es nicht ganz glauben mochten.

Bei der Diskussion kamen wir auch auf das 14. Strafrechtsänderungsgesetz zu sprechen. Eine Kollegin hatte schon davon in einer Studentenzeitung gelesen und bestätigte, was ich erzählte. Es war mehr so, daß einige Kollegen das nicht glauben mochten („es stand ja nichts davon in der Zeitung".) Aber als ich es genauer erklärte, waren sie sehr empört und sagten: „Das wird ja immer schöner hier, damals (beim Hitler) waren ja die Gesetze auch nicht viel anders."

Gedenkminute für Tschou En-lai

Ich möchte aus Anlaß des Todes des Genossen Tschou En-lai eine Begebenheit von Opel (Rüsselsheim) berichten, die mir ein Kollege erzählte, der mit unserer Partei sympathisiert. Als dieser Kollege am Freitag, den 9. Januar, an seinen Arbeitsplatz zur Frühschicht kam, wurde er sofort von einem anderen Kollegen angesprochen: „Da müssen wir wohl eine Gedenkminute einlegen". Unser Sympathisant sah seinen Kollegen zunächst verständnislos an. Er hatte vor der Arbeit noch nicht die Nachrichten gehört. Sein Kollege klärte ihn dann auf: „Tschou En-lai ist gestorben". Anschaulich beschrieb uns dann der Sympathisant, wie sie beide, er selber mit dem Besen in der einen Hand, beide die Faust geballt, die Arbeit ruhen ließen und eine Gedenkminute für Genossen Tschou En-lai abhielten. Etwas später haben diese beiden und noch vier andere Kollegen, darunter auch ihren Vertrauensmann, aufgefordert, mit ihnen diese Ehrenminute für den großen Revolutionär Tschou En-lai abzuhalten. Auch diese Kollegen folgten dem Beispiel ihrer beiden Kollegen. Diese kleine Begebenheit von Opel hat uns, als wir davon erfuhren, alle zutiefst berührt, zeigt sie doch anschaulich, wie tief die Liebe und die Hochachtung zum sozialistischen China in der deutschen Arbeiterklasse verwurzelt ist.

Rot Front! Ein Genosse aus Rüsselsheim

‚Hochwürden' — ein Diener der Geschäftsleitung

Nachdem schon 1975 bei SKF (Kugellagerfabrik) in Stuttgart-Cannstatt die Lasten der Krise durch Entlassungen, Kurzarbeit und Steigerung der Arbeitshetze auf die Schultern der Kollegen geladen wurden, stehen neben Kurzarbeit der „Abbau" weiterer 215 Kollegen im ersten Halbjahr 1976 an. Zu diesen Entlassungen a la Sozialplan hat der reaktionäre Betriebsrat natürlich seine Zustimmung gegeben.

Es kam bisher zwar zu keinen Kampfaktionen gegen diese Maßnahmen, aber die Empörung darüber wächst in vielen Gesprächen. Hauptsächlich betroffen von den Entlassungen sind griechische Kollegen, die 50% der Arbeiter ausmachen. Um mit ihnen fertig zu werden, ließ sich die Geschäftsleitung etwas besonderes einfallen. Am 22. 1. 76 erschien während der Mittagspause in der Kantine ein griechischer Priester, assistiert von einem freigestellten griechischen Betriebsrat. Dieser reaktionäre Betriebsrat, der sich gerne „links", ja „kommunistisch" gibt, holte etliche griechische Kollegen zusammen (sie konnten ruhig die Pause überziehen, die Geschäftsleitung wisse Bescheid), damit sie ihre Probleme dem Pfaffen offenbaren sollten. Dieser notierte sich alles lächelnd — Hauptthema waren die Entlassungen — und versprach, alles der Geschäftsleitung vorzutragen.

Seither stellen sich die Kollegen, die von dem Fall gehört haben, die Frage, wieviel Mark der Pfaffe für seine Spitzeldienste wohl von den Kapitalisten erhalten hat.

Rot Front!
Ein Genosse aus Stuttgart von SKF

Devise bei Siemens: ‚Gemeinkosten senken'

Wie man weiß, versuchen die Kapitalisten in der Krise mit allen Mitteln, auf unsere Kosten zu sparen. Bei Siemens heißt eine Devise: Geheimkosten senken. Da haben sie sich jetzt etwas besonders Tolles ausgedacht: Auf der Toilette ist ein Schild angebracht worden: Helfen Sie mit, Gemeinkosten zu sparen. Benutzen Sie nur noch **ein** Papierhandtuch nach dem Händewaschen. — Na, nach 2 Tagen hingen nicht mehr viele von den Schildern und die meisten Kolleginnen trocknen sich jetzt die Hände besonders gründlich ab — mit 3 Handtüchern. Das Beste ist, wir haben jetzt erfahren, daß das ein Verbesserungsvorschlag war und daß der Angestellte, der ihn gemacht hat, über 300 Mark dafür gekriegt hat. ,,Na endlich", witzelten die Kolleginnen, ,,wissen wir, wie man bei Siemens Geld verdienen kann. Mit ehrlicher Arbeit ist das ja nicht zu schaffen. Was haltet ihr davon, die Toiletten gleich ganz abzuschließen und dranzuschreiben: Helfen Sie Gemeinkosten sparen. Scheißen Sie zu Hause. Ist der Gedanke nicht 2 bis 3 Monatslöhne wert?"

Rot Front!
Eine Genossin aus Dortmund

Fälle von Kinderarbeit

Genossen!

Ich möchte Euch noch zwei Beispiele zu Eurem Artikel ,,Kinderarbeit" im RM Nr. 1/76 berichten. Uns ist eine Familie bekannt mit 6 Kindern, wo die Mutter auf einer Nerzfarm arbeitet. Nebenbei arbeiten aber auch die beiden ältesten mit auf der Farm, die eine hat mit 13, der andere mit 14 schon angefangen zu arbeiten. Sie bekommen einen Stundenlohn von 3,50 DM. Jeder kennt aber die Gewinne für Nerze, die die Kapitalisten aus den Fellen schlagen, und dazu kommen noch die Gewinne, die sie aus der Ausbeutung der Kinder erzielen.

Der zweite Fall von Kinderarbeit ist in dem Artikel angeschnitten. Das Arbeiten in Supermärkten, wie Einkaufswagen zusammenschieben. Genau hier muß man den ,,gemeinwirtschaftlichen" Supermarkt ,,Plaza" herausstellen, jederzeit zu beobachten auf dem Plazaparkplatz in Kiel. Der große Supermarktkonzern, aufgebaut mit den Geldern der Arbeiter durch den Gewerkschaftsapparat, beschäftigt heute Jugendliche, um den Profit zu steigern, alles unter dem Aushängeschild gewerkschaftlich und gemeinwirtschaftlich.

Rot Front! Ein Genosse von Elac.

Massenentlassungen bei HDW geplant

Insgesamt 10000 Werftarbeiter sollen in den nächsten 2 Jahren ihren Arbeitsplatz verlieren, so plant es der Verband der Schiffbauindustrie. Die Howaldtswerke Deutsche Werft AG Hamburg und Kiel (HDW) beginnt bereits, diese Pläne in die Tat umzusetzen. 810 Arbeiter, eventuell sogar über 2000, sollen in diesem Frühjahr entlassen werden.

Der Werftvorstand begündet diese „unumgänglichen" Maßnahmen mit der schlechten wirtschaftlichen Lage im Handelsschiffbau, besonders im Tankerbau. Es geht den HDW-Kapitalisten darum, die Rentabilität der Werft zu erhöhen, und das heißt: scharfe Rationalisierungen. Als Vorbild dient ihnen das Beispiel einer norwegischen Werft, die mit 4500 Beschäftigten mehr Tonnage ausstößt als die HDW mit ca. 10000 Beschäftigten in Kiel, wie Henke vom Vorstand selbst in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk sagte. Gleichzeitig baut die HDW gemeinsam mit anderen Firmen in Griechenland eine Werft mit 2000 Beschäftigten um dort die Arbeiter auszupressen.

Außer den Roten Betriebsräten und einem anderen Betriebsrat haben alle anderen Betriebsräte der IGM und auch einer, der der D„K"P nahesteht, den Entlassungsplänen zugestimmt. Gemeinsam mit dem Werftvorstand haben diese reaktionären Betriebsräte „Freisetzungspläne" nach einem Punktesystem erarbeitet, sowie Richtlinien für die Entlassungen erstellt. Nach diesen Richtlinien und Plänen sollen grundsätzlich alle Kollegen, die über 65 Jahre alt sind, entlassen werden, darüber hinaus sollen vor allem Kollegen ab 59 Jahren rausfliegen, wobei auch die Methode der Auflösungverträge benutzt werden soll, sowie Kollegen, die angeblich nicht genug Leistung bringen. Nach den Vorstellungen des reaktionären Betriebsrates sollen pro Monat 50 Kollegen entlassen werden, neben den „natürlichen Abgängen".

Der reaktionäre Betriebsrat ist also direkt an den Entlassungen beteiligt und funktioniert als Instrument der HDW-Kapitalisten. Das Vorgehen des Betriebsrates ist praktizierte Mitbestimmung, wie sie dem Betriebsrat durch das BVG, § 92-95 bei personellen Angelegenheiten eingeräumt wird. Die Mitbestimmung und das BVG dienen der Unterdrückung der Arbeiter.

Aber nicht nur die IGM-Betriebsräte sind an diesen Entlassungen beteiligt. Der ehemalige Bezirksleiter der IGM, Heinz Scholz sitzt heute im Vorstand der HDW, er hat diese Entlassungspläne mit entworfen. Einen Tag vor der Betriebsversammlung, auf der die Entlassungen zur Sprache kommen sollten, fand noch eiligst eine Vertrauensleutesitzung statt, um die Reihen der V-Leute auszurichten. Prompt erklärte der Vertrauensleutekörper auf der Betriebsversammlung seine Bereitschaft, zur konstruktiven Zusammenarbeit mit dem Werftvorstand und zur gemeinsamen Lösung der anstehenden Probleme. An diesen Beispielen zeigt sich, wie der Gewerkschaftsapparat als Unterdrückungsinstrument gegen die Kollegen arbeitet.

Gegen diese Politik, die die Arbeiter zum Stillhalten zwingen soll, damit die Entlassungen reibungslos über die Bühne gebracht werden können, traten die Roten Betriebsräte auf. **Die Grundlage ihrer Politik ist nicht die Klassenzusammenarbeit, sondern der unversöhnliche Klassenkampf. Ihr Ziel ist es, den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter, den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) voranzutreiben, gegen den Einfluß des Gewerkschaftsapparates und der D„K"P.** Das führten sie auch auf der Belegschaftsversammlung aus, wobei ihnen vom IGM-Betriebsrat zigmal das Mikrofon abgestellt wurde. Sie führten aus, daß die Kapitalistenklasse nicht das geringste Interesse habe, Arbeitsplätze zu sichern, sondern sie würde gerade rationalisieren, um Arbeitsplätze und damit Kosten zu sparen und die Ausbeutung zu verschärfen. Es gibt keinerlei gemeinsame Interessen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, deshalb muß der Kampf gegen die Entlassungen revolutionär geführt werden und deshalb müssen die Arbeiter sich auf revolutionärer Grundlage zusammenschließen.

Gerade das versucht die D„K"P zu verhindern. In ihrer Betriebszeitung, „Werftecho", fordert sie, daß der Staat die Entlassungen verbieten soll. Dabei gehört HDW zu 25,1% dem Land Schleswig Holstein und zu 74,9% dem Salzgitterkonzern, der aber auch wiederum 100% dem Staat gehört. So soll der Staat Entlassungen verbieten, die er selbst durchsetzen will. Zum anderen ist der Staat nicht neutral und steht nicht zwischen den Klassen, sondern ist der Staat der Kapitalistenklasse. Der Staatsapparat ist ihr wichtigstes Instrument, um ihre Macht aufrechtzuerhalten. Die Arbeiter ruft die D„K"P auf, den Gewerkschaftsapparat, den Betriebsrat und den VLK zu unterstützen und gemeinsam mit ihnen zu „kämpfen".

Mit dieser Politik will die D„K"P Illusionen in den Staat, in den Gewerkschaftsapparat schüren und die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze verwischen, um den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter zu verhindern.

Die Roten Betriebsräte bekämpfen die D„K"P als die gefährlichsten Feinde in der Arbeiterklasse. Sie haben die Arbeiter aufgerufen, die kommenden Vertrauensleutewahlen zu nutzen, um den Aufbau der RGO voranzutreiben und die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse zu schmieden, die eine unabdingbare Voraussetzung ist, um auch erfolgreich gegen die Massenentlassungen zu kämpfen.

Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld gesenkt

Wer in diesem Jahr arbeitslos wird, erhält weniger Arbeitslosenunterstützung als die arbeitslosen Kollegen im letzten Jahr, und das sind bereits über 100000, denn die Arbeitslosenzahl ist Ende Januar bereits auf 1341000 Arbeitslose angewachsen.

Die Höhe des Arbeitslosengeldes wird seit dem 1. 1. nach der Steuerklasse und dem Familienstand bemessen, wie bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes, so daß jetzt 5 „Leistungsgruppen" bestehen. In jedem Fall bedeutet das für die arbeitslosen Kollegen Senkung des Arbeitslosengeldes. Gleichzeitig wird die Zumutbarkeit von Arbeiten, die ein Arbeitsloser annehmen muß, um seine Unterstützung nicht zu verlieren, von verschiedenen Arbeitsämtern breiter ausgelegt, das soll übrigens auch gesetzlich festgelegt werden. So müssen Kollegen teilweise Arbeiten annehmen, die sehr weit von dem Wohnort entfernt liegen, oder bei denen sie entschieden weniger verdienen. Entweder du akzeptierst oder du verlierst deine Unterstützung, so lautet die „Alternative" des Arbeitsamtes.

Auch die Kollegen in den Betrieben sind von neuen staatlichen Ausplünderungen betroffen. Seit dem 1. 1. ist das Kurzarbeitergeld gesenkt worden, daß betrifft in diesem Monat ca. 750000 Arbeiter. Zwischen 10% und 35% liegen diese Kürzungen und machen bei entsprechenden Kurzarbeitsschichten Hunderte DM pro Monat aus. Dazu kommt noch die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Das alles sind Maßnahmen, die bereits innerhalb eines Monats vom Staat gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt worden sind.

Stingel, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, hat natürlich eine Antwort parat. Er sagt, daß die Gelder der Bundesanstalt für Arbeit aufgebraucht seien, sie hätten für ca. 400000 Arbeitslose gereicht und der Staat hätte ja auch schon Gelder in die Bundesanstalt für Arbeit zur Unterstützung der Arbeitslosen hineingepumpt, deshalb müßten alle jetzt etwas dazu beitragen. Erst einmal muß man ja feststellen, daß Millionen Kollegen jahrelang Millionen Summen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen bezahlt haben. Welches Interesse sollte aber der kapitalistische Staatsapparat, zu dem auch die Arbeitsämter gehören, an der Unterstützung der Arbeitslosen haben? Weder der Staatsapparat noch die Arbeitsämter sind neutrale Einrichtungen, die sich um die Sorgen und Nöte der Arbeitslosen kümmern. Die Arbeitslosen sind für den Staat lediglich Unkostenfaktoren, gleichzeitig natürlich eine Reservearmee, mit der Druck auf die Kollegen im Betrieb ausgeübt wird.

Dem kapitalistischen Staat ist es doch vollkommen egal, wie ein Arbeiter mit 668 DM seine Frau und sich selbst ernähren soll, oder wenn Familien der Strom und das Gas abgestellt werden, Rausschmisse aus der Wohnung angedroht werden, weil sie nicht mehr zahlen können. Die ganze Behandlung auf dem Arbeitsamt, der Kasernenhofstil, die Schikanen, all das zeigt, daß diese staatlichen Einrichtungen keinesfalls die Sorgen der Arbeitslosen beseitigen sollen. Das Geld, das man erhält, ist ein Almosen, damit man nicht gänzlich verhungert. Und diese Almosen, die werden jetzt auch noch gekürzt.

Die Behauptung Stingls, wir müßten alle etwas kürzer treten, weil das Geld nicht reichen würde, ist eine bodenlose Unverschämtheit, die uns deutlich zeigt, wie scharf und unversöhnlich der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse mitsamt ihrem Staatsapparat ist.

In jedem Staat dient der Staatsapparat immer der herrschenden Klasse. Der kapitalistische Staat ist das wichtigste Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse. Dieser Zustand kann nur durch die proletarische Revolution und den Aufbau der Diktatur des Proletariats verändert werden.

Gegen die staatliche Ausplünderung können sich die Kollegen im Betrieb und die arbeitslosen Kollegen deshalb auch nur im unversöhnlichen Kampf zur Wehr setzen.

Conti/Hannover

Streik gegen Lohnraub

Von Freitag, den 30. 1. bis zum 4. 2. streikten die Kollegen von Conti in Hannover gegen einen unverschämten Angriff des Vorstandes auf ihren Lohn. Durch die Streichung von zwei innerbetrieblichen Zulagen soll bei jedem Kollegen der Lohn um 300 bis 350 DM abgebaut werden.

Der Betriebsrat von Conti hatte diese Vereinbarung am Donnerstag unterschrieben, ohne daß die Kollegen vorher davon informiert worden wären. Bereits am Donnerstag **traten deshalb die Kollegen der** Reifenheizung (Werk Vahrenwald) in den Streik, als sie davon erfuhren. Andere Abteilungen wurden zum Mitstreiken aufgefordert. Schließlich lag der halbe Betrieb lahm. Am Freitag wurde der Streik bis mittags weitergeführt. Hier gelang es der Werksleitung, den Streik durch ein Verhandlungsangebot vorübergehend zum Abbruch zu bringen. Als bei diesen Verhandlungen jedoch nichts herauskam, legten die Kollegen am Montag wieder die Arbeiter nieder. Der Streik weitete sich jetzt auch auf das Werk Stöcken aus. Es wurde eine Streikleitung von 10 Kollegen gewählt, die der Werksleitung die Forderungen unterbreiten sollte und deren Vorschläge den Kollegen zur Abstimmung überbringen sollte. Außerdem sollte sie Abteilungen, die noch nicht streikten, für den Kampf gewinnen.

Bis zu diesem Tag wurde versucht, den Streik totzuschweigen. Die Lokalpresse brachte bis zu diesem Tag keine Zeile über den Streik. Den Kollegen im Betrieb wurde gesagt: Nur ruhig, daß bloß nichts nach draußen kommt. Ein Kollege kommentierte das: „Die haben erst mal gesehen, was los war. Die waren erschrocken. So hart ist es nie zugegangen. Das kannten die nicht."

Am Montag dann ging die Betriebsleitung massiv gegen die Streikenden vor. Sie sperrte ganze Abteilungen, die am Streik nicht beteiligt waren, aus, und drohte mit Entlassungen. Gleichzeitig wurde versucht, die Kollegen mit Gerüchten wie — die Streikleitung müsse Schadensersatz zahlen — einzuschüchtern. Bereits am nächsten Tag wurden vier Kollegen fristlos entlassen, darunter 2 Kollegen aus der Streikleitung.

In der Nacht wurde dann versucht, durch einen hinterhältigen Trick den Streik endgültig niederzuschlagen. Ein Kollege: „Die Betriebsleitung hat's raffiniert gemacht. Sie wußten, die Heizung ist der Kern. Da haben sie die anderen nach Hause geschickt und gleichzeitig die von der Heizung bearbeitet: die anderen würden wieder arbeiten." Scheinbar war es tatsächlich so: Die Betriebsleitung hatte nämlich einzelne weiterarbeiten lassen, gleichzeitig **alle Lichter angeschaltet und für ent**sprechenden Lärm gesorgt. Als die Kollegen der Heizung, die daraufhin tatsächlich — als einzige in dieser Nacht — arbeiteten, gegen Morgen den Betrug merkten, legten sie sofort wieder die Arbeit nieder.

Am Mittwoch Morgen waren die Kollegen weiter entschlossen zu streiken. Nicht nur gegen den Lohnabbau, sondern auch für die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen. Es gelang jedoch, die Kollegen wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen mit dem Versprechen, bis zum Abend würde die Frage der Entlassungen geklärt. Das geschah nicht. Im Gegenteil, inzwischen erhielten 7 weitere Kollegen ihre Kündigung. Es gelang jedoch nicht mehr, den Streik erneut zu organisieren.

Wie verhielt sich die IG Chemie bei diesem Streik? Der Betriebsrat hatte durch seine klammheimliche Unterschrift unter **das Lohnraubabkommen von vornherein** bei den meisten Kollegen verspielt. Kaum ein Betriebsrat ließ sich während des Streiks blicken. Die IG Chemie erklärte, sie **habe volles Verständnis für die Streikenden,** könne jedoch nicht eingreifen, weil dies ein innerbetrieblicher Konflikt sei. Auch irgendeine Form der Unterstützung wurde strikt abgelehnt mit der Begründung, man könne mit den Beitragsgeldern der Kollegen kein „Risiko eingehen"! Zudem versuchte sie über verschiedene Vertrauensleute usw., Resignation und Pessimismus unter den Kollegen zu verbreiten.

Die D„K"P verteilte zunächst ein Flugblatt mit einem Steckbrief von Vorstandsmitgliedern: „Gesucht werden: Störer des Betriebsfriedens gemäß § 74 Betriebsverfassungsgesetz; Belohnung: kein Lohnabbau!" Was heißt hier „Störer des Betriebsfriedens"? Frieden in einem kapitalistischen Betrieb wäre dann, wenn die Kapitalisten die Ausbeutung immer weiter verschärfen, den Lohn und die Arbeitshetze verschärfen könnten, ohne auf Widerstand bei den Arbeitern zu stoßen. Das versuchen sie ständig und haben die Conti-Kapitalisten nicht erst seit der neuen Betriebsvereinbarung versucht. Es liegt deshalb nicht im Interesse der Arbeiter, einen Frieden zu beschwören, der nur den Kapitalisten nützt — und für dessen Aufrechterhaltung sie extra ein Gesetz geschaffen haben — sondern die Kapitalisten und ihre Angriffe auf die Arbeiter zu bekämpfen. Wer diesen Betriebsfrieden beschwört und das ausgerech**net dann, wenn im Betrieb gestreikt wird,** der ist gegen den Kampf der Arbeiter. Das zeigt sich auch im gleichen Flugblatt der D„K"P. Nachdem kurz über die Ausweitung des Streiks berichtet wird, heißt es nämlich: „Wer nun glaubt, der Vorstand würde erschreckt über den angerichteten Schaden (!) versuchen, eine vernünftige Regelung herbeiführen, der irrt." Hier zerbricht sich doch die D„K"P ganz offensichtlich den Kopf der Kapitalisten und nicht den der Arbeiter! Denn für die Arbeiter besteht der Schaden im beschlossenen Lohnraub, nicht aber im Streik, der für sie die einzige Möglichkeit ist, diesen Angrif rückgängig zu machen.

Zeigte sich hier in diesem Flugblatt bereits der Verrat der D„K"P, so trat sie am Mittwoch morgen offen als Streikbrecher auf. An diesem Morgen, als die Arbeit teilweise wieder aufgenommen wird, heißt es nämlich in einem Extrablatt: „Ein Grundsatz hat immer gegolten: ein Streik wird gemeinsam begonnen und gemeinsam beendet." In dieser Situation heißt das nichts anderes als „an die Arbeit Kollegen". Hier zeigt sich ganz deutlich, warum die D„K"P zu Beginn des Streiks, — als Angriff auf den Vorstand getarnt — den „Betriebsfrieden" propagiert hatte: weil es ihre Aufgabe war, den für die Kapitalisten durch den Streik der Arbeiter gestörten „Betriebsfrieden" wiederherzustellen und für eine „vernünftige Regelung", sprich Streikabbruch, zu sorgen.

Der Streik der Conti-Arbeiter ist zusammengebrochen. Die ursprüngliche Forde**rung konnte nicht durchgesetzt und die Ent**lassung der 11 Kollegen nicht verhindert werden. Trotzdem war dieser Kampf nicht umsonst. Die Kollegen haben in drei Streiktagen ihre Kampfbereitschaft bewiesen, und ihr Kampf hatte eine Reihe positiver und lehrreicher Seiten. Die Kollegen haben in ihrer Empörung über den Lohnraubabschluß nicht darauf gewartet, daß die IG Chemie oder irgend jemand anderes die Initiative ergreift. Sie haben selber Initiative ergriffen und den Streik ohne Gewerkschaft geführt. Sie haben gesehen, daß der Streik organisiert werden muß, sind in die anderen Abteilungen gezogen und haben eine Streikleitung gewählt. Gleichzeitig gab es auch bei einer Reihe Kollegen Klarheit darüber, daß man den Kapitalisten nur durch Kampf Zugeständnisse abzwingen kann. So streikten am Dienstag, als die ersten vier Entlassungen bekannt wurden, die Kollegen mit der Forderung nach Rücknahme der Entlassungen weiter. Ein Kollege meinte: „Wenn die wieder eingestellt werden, dann nur durch Druck von uns." Es gab aber auch noch Unklarheiten, Vertrauen in die Kapitalisten. So am Freitag, als der Streik für Verhandlungen unterbrochen wurde und am Mittwoch, als die Arbeit wieder aufgenommen wurde, obwohl die Entlassungen nicht zurückgenommen waren. Denn die Kapitalisten kommen nicht zur „Besinnung" durch den Kampf der Arbeiter. Im Gegenteil, sie nutzen jede Unterbrechung des Kampfes, jede Schwächung des organisierten Zusammenhaltes, jedes Zurückweichen aus, um ihre Interessen durchzusetzen, den Kampf zu unterbinden. Das heißt aber für die Arbeiter, daß auch sie jeden Kampf gegen die Kapitalisten unerbittlich führen, daß sie sich im unversöhnlichen Klassenkampf zusammenschließen müssen. Beim Kampf müssen nicht nur die Kapitalisten direkt bekämpft werden, sondern **auch der Gedanke der Klassenversöhnung.** Denn er führt unvermeidlich in Niederlagen.

IGM-Apparat will Lohnraub durchsetzen

Fortsetzung von Seite 1

die Kollegen unter dem Einfluß des Gewerkschaftsapparates bleiben. Sein Ziel ist, durch Warnstreiks, die von ihm geführt werden, Schlimmeres für die Kapitalisten zu vermeiden, d.h. der Gewerkschaftsapparat will verhindern, daß sich die Empörung der Kollegen Bahn bricht in Kampfaktionen, die nicht unter seiner Kontrolle stehen. Hans Mayr vom IGM-Vorstand bestätigt dies.

„Das (die erhöhten Sozialabgaben — RM) sind keine geringfügigen Beträge, die auf den Lohn- und Gehaltsstreifen für Januar weniger waren. Wenn sie auch der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer dienen, **so steigert sich dadurch doch die Unzufriedenheit in den Betrieben. Darum müssen schnell neue, bessere Tarifverträge her.**". (Bild am Sonntag). Das beweist sehr deutlich, daß der Gewerkschaftsapparat, der hier auch noch die staatliche Ausplünderung zu rechtfertigen versucht, ein Instrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse ist.

Im Fernsehen, in der Presse und im Rundfunk wurden die Streiks als neue Streikwelle dargestellt und der Eindruck erweckt, der IGM-Apparat, das sei die Kampforganisation der Arbeiter, die in der Lage ist, Tausende von Arbeitern in den Kampf zu führen, wenn es darauf ankommt. Gleichzeitig wurde der Eindruck vermittelt, wie demokratisch dieser kapitalistische Staat doch sei, in dem solche Streiks möglich sind. Doch was passiert, wenn die Arbeiter sich gegen den Gewerkschaftsapparat stellen und streiken, wie z. B. vor kurzem bei Conti in Hannover? Dann wird solch ein Kampf natürlich bewußt in der Presse verschwiegen oder es tauchen lediglich kurze Berichte auf. Und wenn der Gewerkschaftsapparat und die D„K"P es nicht schaffen die Arbeiter zu spalten, dann wird sogar die Polizei auf die Arbeiter gehetzt, wie 1973 bei Ford oder 1975 bei Dynamit Nobel, wo sogar einige Kollegen eine Anklage wegen Landesfriedensbruch bekommen haben. Das ist die Realität in diesem kapitalistischen System und das zeigt, daß die Interessen der Arbeiter nicht mit denen der Kapitalisten zu vereinen sind.

Streiks, die von dem Gewerkschaftsapparat geführt werden, sind keine Kämpfe gegen die Kapitalisten, deshalb müssen die Arbeiter gegen die Kapitalisten und gleichzeitig gegen den Gewerkschaftsapparat kämpfen, der auch als Agentur in den Reihen der Arbeiter, gerade durch den Vertrauensleutekörper und den Betriebsrat, versucht, die Arbeiter zu spalten und unter seinen Einfluß zu bekommen. Beginnen sich die Arbeiter gegen den Gewerkschaftsapparat zu erheben und dem Kapital unversöhnlich gegenüberzutreten, so sind es vor allem die D„K"P-Verräter, die die Arbeiter wieder in die Fänge des Gewerkschaftsapparates zurückzutreiben versuchen. Ihnen geht es darum zu verhindern, daß die Arbeiter den Weg des revolutionären Klassenkampfes beschreiten.

Nur im Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat und die D„K"P kann die Arbeiterklasse sich zusammenschließen, und im unversöhnlichen Kampf den Kapitalisten Zugeständnisse abringen. Die Arbeiterklasse besitzt die Stärke und ist in der Lage, diese Feinde in den eigenen Reihen zu bekämpfen und die revolutionäre Einheit zu schmieden.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Durch Arbeitshetze krank gemacht



Jeder Kollege weiß, daß die Profitjagd der Kapitalisten auf unsere Knochen geht. Akkord, Arbeitshetze, Stress machen jeden fertig und in diesem Land erreichen nur 50% der Arbeiter unversehrt das Rentenalter, der Rest bleibt krank auf der Strecke, — oder stirbt den Unfalltod. In der BRD geschehen durchschnittlich alle 2 Stunden tödliche Betriebsunfälle. Die 26 verbrannten Kollegen von Blom & Voss sind nur ein besonders schlimmes Beispiel für das, was wir tagtäglich erleben.

Auch wenn es gegen den Stolz vieler Kollegen geht: Im Kapitalismus sind wir nichts als Arbeitsvieh für die Aktionäre und deren Dividenden.

Wehe aber, wenn es einer von uns wagt, dagegen anzugehen und an seine Gesundheit zu denken. Dann wird die ganze Sippschaft ausgesprochen fies, — aber auch sehr nervös!

Wie das bei Beiersdorf aussieht, dafür gibt es ein neues, anschauliches Beispiel:

Nach drei Jahren Akkord- und Prämienlohn — z. T. in Schichten — hatte die Kollegin Renate Bäthies so starke Rücken- und Nervenschmerzen, daß ihre Hausärztin ihr ein Attest ausstellte mit dem Inhalt, es solle überprüft werden, ob unter geringerem Streß eine Besserung eintritt, im Zweifelsfall Umschulung, um eine Besserung herbeizuführen.

Nun ist es aber eine Tatsache, daß dann gleich die ganze Abteilung umschulen gehen kann, denn viele von Renates Kollegen haben ähnliche Beschwerden. Das Attest bedeutet nichts weniger als daß es die Möglichkeit einräumt, daß die Akkordhetze in der Heilmittelabteilung die Kollegin Bäthies krank gemacht hat. Das war natürlich ein „rotes Tuch" für Beiersdorf, das packte sie an ihrer schwachen Seite. Was passierte alles?

Zuerst einmal bekam sie gleich einen Arbeitsplatz auf Zeitlohn, aber nur für eine Woche, entscheiden sollte Betriebsarzt Dr. Lyhs — sagten sie, entschieden hat natürlich letzlich die Geschäftsleitung, denn dazu war der Fall viel zu unbequem.

Wie nun dieser Dr. Lyhs den Fall „untersuchte", ist sehr aufschlußreich und beweist erneut, wofür sich Kapitalisten Betriebsärzte halten und entlohnen: Um den reibungslosen Verlauf der Ausbeutung aufrechtzuerhalten, die gesundheitsschädigenden Schweinereien zu vertuschen und die Kollegen einzuschüchtern. Mit welchen Tricks ging dieser Mann vor, um die Interessen der Geschäftsleitung zu wahren?

a) Zuerst versuchte er, einen Autounfall der Kollegin Bäthies vor ca. 1/2 Jahr für die Beschwerden verantwortlich zu machen. Wie „überparteilich" er vorging, kann man daran sehen, daß er einen Arbeitsunfall von Renate, der ihr eine Gehirnerschütterung eingebracht hatte, wovon sie heute noch Beschwerden hat, ganz ausklammerte.

b) Im zweiten Anlauf kamen mögliche Funktionen und Aktivitäten außerhalb des Betriebs, an die Reihe. Es ist im Betrieb allgemein bekannt, daß Renate Bäthies Kommunistin ist. Dieser Betriebsarzt wollte darauf hinaus, daß man von kommunistischer Politik, aber niemals von Beiersdorf-Akkord Rückenschmerzen bekomme.

c) Als auch das nicht zum Ziel führte, kam die größte Unverschämtheit: „persönliche Ungeschicktheit" oder „psychische Abwehrhaltung gegen körperliche Arbeit" vermutete Herr Dr. Lyhs bei der Kollegin. Diese Diagnose sollte er ja vielleicht mal an sich selber ausprobieren. Die Sache ist ziemlich eindeutig: Kommunistin und arbeitsscheu! (Hat man das nicht schon mal gehört?) Die humanen Arbeitsbedingungen bei Beiersdorf können nie und nimmer sozusagen aus Prinzip nicht, Schmerzen verursachen.

d) Das ganze gipfelte schließlich in einer Besichtigung der Abteilung durch die beiden Betriebsärzte und dem hausinternen Chef der Arbeitsvermittlung Lorensen. Man wollte in der Abteilung jedem Kollegen zu verstehen geben: Wage ja nicht, auch ein Attest anzubringen, dann machen wir mit dir genau den gleichen Aufstand.

e) Und als letztes versuchten sie dann auch noch, die Hausärztin gegen die Patientin auszuspielen und zu belatschern, das Attest zurückzuziehen. Sie wollten mit ihr sprechen und ihr den Arbeitsplatz zeigen. Auf diese Weise wollten sie dann die „arbeitsscheue Kommunistin" zur Simulantin abstempeln. Da wurde ganz deutlich vom Abteilungsleiter Dr. Drexelius ausgesprochen: „Sie wissen doch, daß man Ihnen nicht abnimmt, daß Sie durch diese Arbeit Beschwerden haben. Es ist das gute Recht der Geschäftsleitung, Simulanten, von denen es viele gibt, herauszufinden..."

Empörung unter den Kolleginnen

Über diese Sache herrschte Empörung unter den Kolleginnen. Die Kollegin Bäthies hatte sie natürlich auf dem Laufenden gehalten. Für die Kolleginnen war klar, Beiersdorf wollte Renate, die Kommunistin, loswerden, zur Kündigung treiben. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß der Betrieb mit der Kollegin Bäthies alle Kollegen angreift, die in mehr oder weniger gleichen Bedingungen arbeiten müssen, daß die Geschäftsleitung nach der Kapitalistenlogik vorgeht: Solange wie möglich das süße Lied der Partnerschaft zwitschern. Dann aber, wenn die Schweinereien nicht mehr zu vertuschen sind, lassen sie die Maske fallen, und es gibt Druck, Einschüchterung, Spekulieren mit der Angst der Kollegen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Andererseits aber zeigt die ganze Panik, in die sie durch ein einziges Attest geraten sind, was sie für Angst vor uns haben; wie ihnen die Möglichkeit, wir könnten uns zu Kampfmaßnahmen zusammenschließen, den Schlaf raubt. Die haben aus der Geschichte gelernt: Der deutsche Arbeiter läßt sich viel gefallen, aber wenn das Maß voll ist, dann knallt es, daß ihnen hören und sehen vergeht.

Zurück zu Renates Fall. Wie ging er aus? Die Kollegin Bäthies ließ sich nicht kleinkriegen und vereitelte deren Machenschaften. Sie verpflichtete ihre Ärztin zur Schweigepflicht, zeigte die Tricks des Dr. Lyhs, erzählte den Kollegen alles „brühwarm" und nahm sich zu einem „Verhör" bei Lyhs eine Betriebsrätin als Zeugin mit, worauf dieser Arzt beide rauswarf. Zeugen kann so einer nicht gebrauchen.

Nach 14 Tagen „Untersuchung", nachdem alles für sie schiefgegangen war, kam das vorläufige Ergebnis:

Zuerst fing Lyhs an, fürchterlich rumzujammern (Katzen, denen man auf den Schwanz getreten ist, jaulen bekanntlich), alles sei ein „Mißverständnis" und „wir kriegen keine Instruktionen von der Geschäftsleitung", „Ihre politische Einstellung kennen wir gar nicht, es geht uns nur im Ihr Bestes". Feige und ekelerregend, mehr kann man dazu nicht sagen. Kurz und gut:

Die Kollegin Renate Bäthies bekam einen Zeitlohnplatz! Und was heißt das? **Beiersdorf mußte also schließlich doch die Berechtigung des Attestes anerkennen.** Es ist klar, daß sie nun weiterhin versuchen werden, der Kollegin Bäthies Steine in den Weg zu legen. Aber es ist doch klar geworden: Auch wenn wir unter den herrschenden Verhältnissen unsere Lage nicht grundlegend verbessern können (das kommt erst später, wenn wir das Ausbeuterpack beiseitegeräumt haben), kann man Verbesserungen durchsetzen. Bedingung: Ihr müßt Euch nicht einschüchtern lassen, mit den übelsten Tricks rechnen und vor allem die Sache breit unter alle Kollegen tragen, — sich nie hinter verschlossenen Türen mit denen einlassen.

Wenn Ihr es nicht mehr aushaltet, holt Euch auch Atteste, möglichst mit mehreren zusammen.

Wir stellen jedem Kollegen unsere Betriebszeitung zur Verfügung, wenn er Sachen hat, die ans Tageslicht kommen müssen. Wir werden es veröffentlichen, (drukken, verteilen). Kontakt könnt Ihr herstellen über die Kollegen, die Verbindung zur KPD/ML haben, über unsere Verteiler vor den Toren oder auch über unseren Buchladen und Parteibüro in der Stresemannstr. 110 (an der Sternbrücke).

Revisionistisches

JESUS ALS „FRÜHKOMMUNIST"?

In der D„K"P-Zeitung „Report" fand man vor einiger Zeit unter der Rubrik „Das gefiel uns" eine Notiz mit der Überschrift „Roter Stern über Nazareth". Nachdem gemeldet wird, daß Nazareth einen revisionistischen Bürgermeister bekommen hat, heißt es weiter:

„In Nazareth lebten vor rund zweitausend Jahren der Zimmermann Joseph und seine Frau Maria. Sie zeugten zusammen einen Sohn: Jesus Christus, der bereits zu seiner Zeit gegen die Reichen und für den Frieden eintrat."

Jesus als Vorkämpfer gegen die Reichen? Die Reichen in Nazareth waren damals die Römer. Was Jesus damals predigte, war die „Nächstenliebe" gegegenüber den Zöllnern, die im Auftrag Roms das Volk unterdrückten; war der denkwürdige Spruch: ,,Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist." Jesus war kein Vorkämpfer für die Reichen, sondern ein Vorkämpfer für die Aufrechterhaltung des „Friedens" der römischen Unterdrückerordnung. Das und nichts anderes ist auch die Funktion jeder Religion, die Opium der herrschenden Klassen für das Volk ist. Deshalb sind die Kommunisten auch Feinde der Religion. Es ist ihre Aufgabe, den religiösen Betrug zu entlarven und den Werktätigen zu erklären, daß kein Gott sie aus ihrem Elend erlösen wird, sondern daß das die Sache der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen selber sein muß — und auch sein wird.

Die christliche Religion in ihrer alten Form mit zig Glaubenssätzen, Wundergeschichten usw. wird heute auch vielerorts von der Kirche nicht mehr propagiert. Womit man gerade Jugendliche ködern will, ist die pazifistische „Ideologie der Nächstenliebe" mit Jesus als einem Menschen wie Du und ich, der gegen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten auftrat. Daß die D„K"P genau in diese Kerbe haut, zeigt ihren absolut reaktionären Charakter.

HELLSEHEN FÜR JEDE GELEGENHEIT

Die Erfahrung zeigt, daß da, wo die Religion nicht bekämpft, sondern gefördert wird, gleichzeitig auch ihre „unseriösen" Geschwister, Hellseherei und Astrologie, ins Kraut schießen. Besondere Blüten treibt dieser Okkultismus im revisionistischen Polen.

Im Mai 1975 fand in Polen der erste Kongreß von Wünschelrutengängern und Hellsehern statt. Allein in Posen, dem Kongreßort, gibt es rund 150 in einer Vereinigung zusammengeschlossene Wünschelrutengänger und Hellseher. In die Zukunft „gesehen" wird für jede Gelegenheit.

So trat der Leiter der Sternwarte in Krakau und Dozent an der Krakauer Universität mit der sensationellen Meldung an die Öffentlichkeit, daß er jetzt die „wissenschaftliche Erklärung" für Ehezwistigkeiten gefunden habe. Wo? In den Sternen! Seiner Ansicht nach sind die Grundlage dafür nämlich die Sonnenflecken.

Aber nicht nur für den privaten Bereich bieten die polnischen Astrologen „wissenschaftliche Lösungen", sondern auch für den politischen Bereich. So gab anläßlich des 30jährigen Bestehens der Volksrepublik Polen eine Warschauer Wochenzeitschrift eine Warschauer Rufnummer an, bei der man nicht nur die Zukunft Polens, sondern des gesamten „sozialistischen Lagers" erfahren könne.

Wir können unseren Lesern die Auskünfte dieser Art „Telefonseelsorge" leider nicht mitteilen. Jeder Mensch aber, der sich auch nur einigermaßen in der Geschichte solcher „1000jährigen" Reiche auskennt, weiß, daß noch alle ihre Propheten mit ihren Auftragsgebern zusammen auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet sind.

Weg mit dem Strafrechtsänderungsgesetz

Berichte über den Kampf an Betrieb, Schule und Universität

Auch nach der Verabschiedung des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes ging der Kampf gegen dieses faschistische Gesetz gegen die kommunistische und revolutionäre Propaganda weiter. Im folgenden berichten wir über neue Resolutionen, Aktionen der Partei und der Roten Garde sowie über Aktivitäten der Initiative von Verlegern, Buchhändlern usw. gegen dieses Gesetz.

Korrespondenz — Der Kampf gegen die Durchpeitschung des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes bewirkte hier an der Pädagogischen Hochschule in Reutlingen, daß immer mehr Studenten das Wesen der Revisionisten klarer wird.

Ein Kommilitone fragte sie, als sie im Dezember die „Roten Blätter" verkauften, warum denn nichts zum neuen Strafrechtsänderungsgesetz drin stünde. **Antwort des Revisionisten: Es sei schon Redaktionsschluß gewesen!**

Es kam dann die Januar-Ausgabe der „Roten Blätter" heraus. Wieder wurde keine Silbe über das Strafrechtsänderungsgesetz verloren. Was der oben erwähnte revolutionäre Student dann mit der Bemerkung quittierte: „Na, schau an, wieder mal Redaktionsschluß gehabt, was?" — und so den Revisionisten ganz schön blamierte.

Daß die Revisionisten auf der Seite dieses Gesetzes gegen die Kommunisten und fortschrittlichen Menschen stehen, zeigte sich auch daran, daß sie im Dezember letzten Jahres gegen die Resolution zum § 130a stimmten (in der Fachhochschule) oder sich der Stimme enthielten (an der PH). Gleich nach den Weihnachtsferien konnte das Komitee gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz gegründet werden und nahm die Arbeit auf, indem eine Plattform verteilt wurde und nun Unterschriften gesammelt werden für die Resolution der Initiative der Verleger und Kulturschaffenden gegen das 13./14. Strafrechtsänderungsgesetz. Die Studenten sind sehr empört und Unterschriften sind keine Mangelware. Viele Diskussionen werden geführt. **Was macht nun ,,unser" Revisionisten-Boß?** Er nimmt sich die Erklärung der Initiative. Angesichts der um ihn herumstehenden Studenten, die ihn als ,,Linken" kennen und die sofort und ehrlich unterschrieben haben, denkt er sehr lange nach — und unterschreibt auch. Damit hat er sich zu dem immerhin ungewöhnlichen Schritt hinreißen lassen, eine Erklärung zu unterschreiben, die sich unter anderem auch gegen den USA-Imperialismus und gegen den russischen Sozialimperialismus richtet.

Die Reaktion der Revisionistenführer am Ort ließ dann wohl nicht lange auf sich warten. Bereits tags darauf kam nämlich der gesamte MSB-Troß an den Tisch der Kommunisten und erklärte, es müsse eine Fälschung sein.

Wir werden den Kampf gegen das Strafrechtsänderungsgesetz weiterführen. Ein Ergebnis des Kampfes an der PH ist bisher, daß zwei Studenten, zu denen wir zwar Kontakt hatten, die aber aktiv nichts machen wollten, jetzt am Tisch des Komitees stehen und die Studenten auffordern zu unterschreiben und zu diskutieren. Das erste Ziel des Komitees ist zunächst die Vorbereitung und Durchführung einer Informations- und Protestveranstaltung.



Demonstration in Hamburg



Im Nürnberger Hauptbahnhof



Kundgebung in Friedrichshafen

Veranstaltungsverbot durchbrochen

Am 29. 1. führten etwa 200 Studenten der Uni Essen im Klinikum eine Veranstaltung gegen das Strafrechtsänderungsgesetz durch — obwohl diese Veranstaltung von der Hochschulverwaltung verboten und mit Polizeieinsatz gedroht worden war.

Bereits am 21.1. war eine kleinere Veranstaltung zu diesem Thema von der Polizei aufgelöst worden. Bereits am Tag darauf hatten die Studenten auf zwei Teach-ins — wieder war Polizei bereit gestellt — dagegen protestiert. Auf der folgenden Vollversammlung der Studenten brachten KSB/ML, KBW und KHB sowie verschiedene Fachschaftinitiativen eine gemeinsame Resolution ein, die den Polizeieinsatz verurteilte, sich gegen das neue Strafrechtsänderungsgesetz aussprach und gleichzeitig vorschlug, die verbotene Veranstaltung nachzuholen. Der revisionistische Asta versuchte mit einer Gegenresolution und der Ansetzung einer AStA-Veranstaltung am nächsten Tag den Kampf abzuwürgen. Die Vollversammlung stimmte jedoch den Forderungen der ersten Resolution zu.

Doch damit nicht genug. Am Tag, an dem die Veranstaltung gegen das Strafrechtsänderungsgesetz stattfinden sollte, verteilte der MSB ein Flugblatt, in dem er aufrief, die ,,maoistische Spalterveranstaltung" zu boykottieren. Trotzdem erschienen rund 200 Studenten vor dem Audi-Max, um an der Veranstaltung teilzunehmen. Sie fanden den Hörsaal des Audimax verschlossen. Die Vorlesungen fielen bereits seit Stunden aus. Gleichzeitig tauchten Vertreter des revisionistischen Asta auf und forderten die Studenten auf, zu gehen: die „Maoisten" wollten sie bloß der Polizei ausliefern. Es ging jedoch kaum ein Student mit. Nachdem die Revisionisten so gescheitert waren, erschien der Verwaltungsdirektor der Universität, bekräftigte erneut das Verbot der Veranstaltung und forderte auf, die Veranstaltung in 10 Minuten zu beenden. Sie Studenten hörten aber nicht auf ihn. Die Veranstaltung fand statt. Gegen drei Studenten wurde daraufhin Anzeige wegen „Hausfriedensbruch" erstattet.

Die Studenten nahmen auch diese erneuten Angriffe nicht kampflos hin. Eine Sitzung des Gründungssenats wurde gesprengt, als die Anzeigen nicht sofort widerrufen wurden. Der AStA distanzierte sich von diesen Aktionen und weigert sich auch bisher, der Forderung der Studenten nach einer Vollversammlung nachzukommen, auf der weitere Maßnahmen gegen den Terror an der Universität und gegen das Strafrechtsänderungsgesetz beschlossen werden sollen. Die Universitätsverwaltung hat die Anzeigen bis jetzt noch nicht zurückgenommen, sondern will ihre „Verhältnismäßigkeit" prüfen. Die Taktik ist klar: die Studenten sollen bis zum Semesterschluß hingehalten werden. Aber darauf werden sie sich nicht einlassen. Der Kampf geht weiter.

Neue Resolutionen

HANNOVER

Mit 5-10 Gegenstimmen nahmen etwa 400 Teilnehmer einer Veranstaltung gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz an der TU Hannover am 19.1.76 eine Resolution gegen das Gesetz an. Ebenso stimmte der Fachschaftsrat Architektur der Resolution zu.

WESTBERLIN

In Westberlin wurde bereits am 2. 12. 75 von der Mehrheit der Vertreterversammlung der GEW eine Protesterklärung gegen das Gesetz gegen die ,,Befürwortung von Gewalt" verabschiedet. Eine Protesterklärung haben bisher 25 Menschen, vor allem Lehrlinge einer Berufsschule unterschrieben.

Am Neuköllner Krankenhaus (1000 Betten und 1000 Beschäftigte) wurde auf einer ÖTV-Betriebsgruppensitzung am 7.1.76 eine Resolution gegen das Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet. (17 Ja-Stimmen und etwa 5 Nein-Stimmen und Enthaltungen) Alle Kollegen werden in der Resolution aufgefordert, den Kampf gegen das Strafrechtsänderungsgesetz zu führen.

HEIDENHEIM

In Heidenheim verabschiedeten die Teilnehmer einer Diskussionveranstaltung zum 14. Strafrechtsänderungsgesetz, an der Rote Garde, die Sozialistische Kulturgemeinschaft, Sympathisanten und Freunde teilnahmen, eine Resolution gegen das Gesetz. (Die obigen Resolutionen stellen lediglich eine Auswahl dar.)

500 Zuschriften an die Initiative

Seit Anfang des Jahres haben sich rund 500 Verleger, Schriftsteller usw. mit Zuschriften und Protesterklärungen an die Initiative der Verleger, Buchhändler und Kulturschaffenden gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz gewandt (siehe untenstehende Namenauswahl).

Dieser Erfolg ist der Bourgeoisie natürlich ein Dorn im Auge. Als die Initiative am 13. 1. — drei Tage vor der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag — eine Presseerklärung verschickte, die gleichzeitig als Anzeige gedruckt werden sollte, weigerte sich die „Süddeutsche Zeitung", den Text als Anzeige anzunehmen. Die ,,Frankfurter Rundschau" brachte sie zwar, aber erst am Montag **nach** Verabschiedung des Gesetzes. Obwohl die Anzeige dazu nur im Lokalteil gebracht wurde, wandten sich daraufhin über 150 Persönlichkeiten an die Initiative. Kurz darauf drohte der Dachverband der Verleger und Schriftsteller in NRW der Initiative mit einer Klage wegen Namensmißbrauch und verlangte die Herausgabe der Namen aller Mitglieder seines Verbandes, die die Initiative unterstützt hätten. In dieser Reihe der Angriffe auf die Initiative ist auch der Polizeiüberfall auf den Verlag „Neue Welt" zu sehen. (siehe Seite 7).

Der Kampf der Initiative geht weiter. Geplant ist die Herausgabe einer Dokumentation sowie ein Tribunal im Rahmen einer Großveranstaltung gegen das Strafrechtsänderungsgesetz.

Seit der Liste im ROTEN MORGEN Nr. 3/76 sind folgende neue Unterschriften für die „Initiative der Verleger, Buchhändler und Kulturschaffenden" dazugekommen (Auswahl):

Verlag Internes Release Association, Oberursel; Ernst A. Klüsen (Regisseur), Düsseldorf; Alwin Kabisch (Schriftsteller), Kassel; Grafik und Design, Koblenz; Jugendvertreterin der Frankfurter Societätsdruckerei; Andreas Weißert, Intendant Schauspielhaus Dortmund sowie 45 weitere Schauspieler, Regisseure und Mitarbeiter; Aktionsgemeinschaft Klein-Verlage, Karlsruhe; Hans Peter Schwöbel (Diplom-Soziologe), für den Werkkreis Literatur der Arbeitswelt-Werkstatt, Mannheim; Dorothee Sölle (Schriftstellerin); Jungdemokraten LV Hamburg; Joachim Ernst Behrendt (Schriftsteller), Baden-Baden; Heide Klingelhöfer (Leiterin der Institutsbibliothek der Städelschule), Frankfurt; Studienprogramm der Volkshochschule Offenbach, 25 Unterschriften; Herbert Marcuse (Schriftsteller), California; 83 Unterschriften aus Westberlin von Bibliothekaren und Bibliotheksangestellten (davon 61 von der Uni-Bibliothek der TU), ging aus von dem Beschluß der ÖTV-Bereichsversammlung der Uni-Bibliothek, die Protestanzeige in der Frankfurter Rundschau durch Unterschrift zu unterstützen; Ensemble des Jugendtheaters Klecks, Hamburg; 12 Unterschriften aus der Evangelischen Akademie in Westberlin; Ostwind — Sozialistische Zeitschrift für Kultur; Dr. Geld Lallesen (Bibliothekar), Kopenhagen; Malte Dahrendorf (Prof. für Jugendliteratur und Volkskunde an der PH Kiel); Uwe Brandner (Schriftsteller, Filmregisseur), Ulla Stöckl (Schriftsteller, Filmregisseur), Christa Maar (Regisseur), München; Institut für experimentelle Friedensforschung, Westberlin; Verlagsvereinigung Union, Zürich; Monthly Review — Deutsche Ausgabe, Frankfurt.

Vom Aufbau des Sozialismus

ALBANIEN DISKUTIERT DEN VERFASSUNGSENTWURF

„In dem Verfassungsentwurf", sagten die Werktätigen einer metallverarbeitenden Fabrik in Tirana, „spiegeln sich die in den Jahren nach der Befreiung erfolgten tiefgreifenden revolutionären Umgestaltungen wider." Die Weberin Sadiha Redjeti, Heldin der sozialistischen Arbeit in der Stofffabrik von Shkodra, sagte, daß der Verfassungsentwurf die Rechte der Frauen als aktive Bürger der Republik gesetzlich verankert und garantiert. „Diesen Schutz", sagte sie, „ haben wir albanischen Frauen bereits seit der Gründung der Partei gespürt. Die Partei reichte uns die Hand und dank dieser Unterstützung ist die Frau heute in jedem Lebensbereich als große produktive, erzieherische und leitende Kraft zu finden." Die Genossenschaftsbauernschaft sieht im Verfassungsentwurf die große Fürsorge der Partei und die allseitige Hilfe des Staates für die Entwicklung und Stärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, ihre Umwandlung in moderne Wirtschaften der sozialistischen Großproduktion, für die Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land gesetzlich verankert. ,,Für alle Genossenschaftler unserer auf dem Weg ihrer Umwandlung in moderne Wirtschaften der erweiterten sozialistischen Reproduktion schreitenden Wirtschaft", sagte die Vorsitzende der landwirtschaftlichen Genossenschaft höheren Typs von Büshatli im Bezirk Shkodra, „ist der Verfassungsentwurf eine große Freude. Gestützt auf die eigene Kraft werden wir arbeiten, um die Produktion von Brotgetreide fortwährend zu steigern und damit einen Beitrag zum weiteren Erstarken unserer Volkswirtschaft zu leisten."

Begeistert wurde der Verfassungsentwurf auch von den Schriftstellern und Künstlern Albaniens und allen Kunstschaffenden des Landes aufgenommen. ,,Der Verfassungsentwurf", sagten sie unter anderem, „ist ein Ansporn zu neuen Werken, die der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen würdig sind." Sie begeisterte auch, daß in dem Verfassungsentwurf erneut bekräftigt wird, daß in Albanien die Kunst und der Künstler des sozialistischen Realismus geehrt und geschützt werden.

Insgesamt heben die werktätigen Massen Albaniens hervor, daß der Verfassungsentwurf ein Ausdruck der politischen Linie der PAA ist, ein bedeutendes Dokument, das die Interessen des Volkes verteidigt. „Die Macht gehört uns", sagen sie, ,,und wir werden arbeiten, um sie noch mehr zu festigen."

GEFALLEN FÜR DAS SOZIALISTISCHE VATERLAND

Das Präsidium der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien verlieh auf Vorschlag des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens Fram Idue Iwanai den Titel ,Held des Volkes' mit folgender Begründung:

Als Kapitän des Fischkutters „Isma Mustafa", der in unseren Territorialgewässern kreuzte, unterwarf er sich, von den Lehren der Partei und des Genossen Enver Hoxha erzogen und im Geist des revolutionären Patriotismus, nicht den ihm gegenüber verübten Erpressungen und Provokationen, um das Schiff in jugoslawische Häfen zu schleppen, sondern er führte mit seltener Entschlossenheit und Tapferkeit die von ihm kommandierte Besatzung, bis er von Schüssen von einem jugoslawischen Kriegsschiff getroffen, heldenhaft in Erfüllung seiner Pflicht fiel. Dadurch bleibt er ein neuer unauslöschlicher Stern, ein hohes begeisterndes Beispiel für unser gesamtes Soldaten- und Arbeitervolk.

Hamburg

Prozess gegen 8 RAF-Gefangene

Vor kurzem begann in Hamburg der Prozeß gegen die 8 Gefangenen der RAF, Magrit Schiller, Christa Eckes, Ilse Stachowiak, Eberhard Becker, Kay Allnach, Ekkehard Blenk, Wolfgang Beer und Wolfgang Pohl. Die jetzt in Hamburg angeklagten waren 1974 bei einem brutalen Polizeiüberfall auf zwei Wohnungen in Hamburg und Frankfurt verhaftet worden. Seitdem sind sie in Haft. Isoliert wie die meisten Gefangenen der RAF. So hat der verantwortliche Richter Ziegler z. B. auch mit einem Blankoformular praktische jede Ausgabe des Roten Morgen zurückgeschickt, den einige der Angeklagten abonniert haben.

Für diesen Prozeß wurde zwar nicht wie in Stammheim eine Polizeifestung neu gebaut. Dafür wurde aber das Hamburger Gerichtsgebäude völlig umgebaut, der Verhandlungsort vom übrigen Gebäudetrakt hermetisch abgeriegelt.

Hamburger Genossen berichten über die ersten 5 Verhandlungstage:

„Äußerst scharfe Sicherheitsvorkehrungen. Einlaß durch Seiteneingang. Davor Polizeiwagen. Zwei Polizisten mit schußbereiter MP. Sie geben über Sprechfunk Bescheid, daß jemand vor der Eisentür steht. Erst dann wird die Tür geöffnet. Einlaß nur immer für eine Person. Besucher werden durchsucht. Ausweise werden fotokopiert, können durch Knopfdruck zentral gespeichert werden. Sämtliche Gegenstände werden einem abgenommen. Überall auf dem Weg zum Gerichtssaal Polizisten mit MPs.

Im 1. Stockwerk am Ende eines langen Ganges liegt der Gerichtssal. In allen Zimmern auf dem Gang Polizisten, insgesamt mindestens 100. Der Saal selbst ist durch kugelsicheres Glas in zwei Teile geteilt. Auf der einen Seite Vorsitzender Richter Ziegler usw., die Angeklagten, Anwälte, Presse und ca. 30 Polizisten. Alle Angeklagten, bis auf Kay Allnach, haben Zwangsverteidiger, die sie ablehnen. Allnach, der im Gefängnis zum Krüppel wurde, ist gleichzeitig der einzige, der für haftunfähig erklärt wurde.

Alle Angeklagten sehen nach 2 Jahren Isolierhaft blaß und mitgenommen aus. Sie haben Sprach- und Konzentrationsschwierigkeiten. Ganz besonders schlecht geht es Eberhard Becker.

Am 1. Verhandlungtag sind rund 40 Personen im Zuschauerraum. Davon mindestens 20 zivile Polizisten und Provokateure. Die Zivilpolizisten sind mit Pistolen, Schlagstöcken und der Chemischen Keule bewaffnet. Auf dem Gang patroulliert polizei mit MPs.

Die Angeklagten verweigern die Personalienaufnahme. Sie hatten bisher keine Gelegenheit, ihre Verteidigung vorzubereiten und keine Anwälte, denen sie vertrauen können. Sie fordern eine Stunde gemeinsamer Vorbereitungszeit. Der Antrag wird abgelehnt, die Angeklagten mit Ordnungsstrafe und Ausschluß bedroht. Als die Angeklagten auch noch gegen ihre Zwangsanwälte Stellung nehmen, wird es Richter Ziegler zu viel. Er ordnet den gewaltsamen Ausschluß von vier Angeklagten an. Wie die Tiere stürzen sich 30 — 40 Polizisten und Gefangenenwärter auf vier Angeklagte und versuchen, sie aus dem Saal zu schleifen. Als diese sich wehren, prügeln die Polizisten wild auf sie los. Als die vier Angeklagten endlich draußen sind, stellt Ziegler plötzlich fest, daß einer, der ausgeschlossen werden sollte, noch im Saal ist, dafür ein falscher ausgeschlossen wurde. Er ordnet seine sofortige Rückführung an und läßt den anderen Angeklagten hinausprügeln. Dann schließlich ordnet er den Ausschluß aller Angeklagten an."

Dieses Vorgehen am 1. Verhandlungstag ist typisch für den blanken Terror, mit dem die bürgerliche Klassenjustiz diesen Prozeß führt. Dieser Terror trifft nicht nur die Angeklagten, sondern auch die Zuschauer, die z. B. am 3. Verhandlungstag allesamt auf dem Flur festgenommen und willkürlich mit Ordnungsstrafen zwischen 2 und 6 Tagen belegt werden.

„Schutz des Bürgers vor dem Terrorismus?" Wer sieht, wie hier — und nicht nur hier — das Gericht mit Hilfe von bald 200 Polizisten „Recht spricht,' wer sieht, wie mit zig Schikanen das Volk daran gehindert wird, den Gerichtssaal zu betreten und sich selber ein Urteil zu bilden, der merkt auch, daß es in diesen Prozessen nicht um Recht oder Unrecht ,,im Namen des Volkes" geht, sondern allein um den Kampf des kapitalistischen Staates gegen politische Gegner.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

HALTLOSE BESCHULDIGUNGEN GEGEN GENOSSEN HUBERT

„Liebe Genossen, wie Ihr aus meinem letzten Brief wißt, wurde mein Weihnachtsurlaub kurzfristig gestrichen. Meine Entlassungsanträge werden in der Schwebe gehalten. — Allerdings stellte ich jetzt erneut einen Antrag, weil ich nun zwei Drittel hinter mir habe. Normalerweise wird dann jeder Gefangene entlassen, wenn er nicht eine ganze Liste Vorstrafen hat. Und ich habe ja keine, außerdem feste soziale Bindungen, eine Wohnung und (noch) einen festen Arbeitsplatz.

Heute erfuhr ich jedoch eine Sache, die die Verzögerung der Entscheidung über die Entlassung in einem neuen Licht erscheinen läßt. Ihr wißt ja, daß ich in einem kleinen Dorf auf dem Land lebe. Mein Vater leitet dort eine Wasserpumpstation, die mitten im Wald, ca. 2 km von der nächsten Ortschaft entfernt, liegt. In dieser Station wohnte ich mit meinen Eltern bis 1967. Seitdem steht sie leer, wir benützen sie jetzt als Büro und für alle möglichen Feste.

Seit ca. 2 Jahren konnten wir dort fast täglich Polizei vorbeifahren sehen. Ab und zu versuchten sie auch, ins Haus zu kommen. Wenn wir sie überraschten, so wurden sie sehr verlegen und wußten keine Ausrede. Offensichtlich suchten sie jemand. Vor ca. einem bis 1 1/2 Jahren fragten zivile Kripobeamte meinen Bruder in Grafenwöhr, ob er einen Herrn Haschemi kennen würde.

Nun, kurz vor Weihnachten 1975 tauchten wieder mal Kripo-Beamte bei meinen Eltern auf und behaupteten, der Sascha habe eine Zeit lang bei mir gewohnt! Mein Vater sagte natürlich, daß dies nicht stimmt, aber sie glaubten ihm offenbar nicht.

Als ich mit meinen Bruder etwa im Herbst 1974 mal in die Pumpstation fuhr, hielt uns auf einem Feldweg Polizei an und machte eine „Verkehrskontrolle". Das erste war, daß sie die Ausweise verlangten. Den eines Bekannten von mir nahmen sie mit in ihr Auto, offenbar fragten sie nach, ob er gesucht wird.

Bisher dachte ich mir bei all diesen Sachen nichts. Nun aber, wo der Sasche „auftauchte" und die Kripo behauptet, er habe bei mir gewohnt (sie wüßten es genau), hat sich das etwas geändert. Es würde nämlich gut in ihr Konzept passen, daß sie mir jetzt, wo sie mich durch den Knast nicht brechen können, plötzlich noch „Fluchthilfe" anhängen wollen. Das würde vielleicht auch erklären, warum meine Entlassungsanträge noch nicht entschieden wurden. Wenn dies der Fall sein sollte, werden sie aber mit dieser grundlosen Anschuldigung ganz sicher auf die Schnauze fallen..."

Weiter berichtet Genosse Hubert in seinem Brief von einer „freudigen Überraschung'': „Sehr überrascht war ich vor kurzem, als mir ein Paket von Freunden aus Österreich ausgehändigt wurde. (Aus dem Inland wird ja alles zurückgeschickt). Man wollte zwar gleich den Wert des Pakets (15 DM) von meinem Einkauf (25 DM) abziehen, aber das machte man dann doch nicht."

Genosse Hubert schließt seinen Brief: „Liebe Genossen, ich hoffe, daß ich bald Genaueres über meine Entlassungsanträge schreiben kann. Und hoffentlich Erfreuliches. Falls gegen mich wegen Saschas „Untertauchen" ermittelt werden sollte, so werden wir diesen unverschämten Angriff mit allen Mitteln zurückschlagen. Mit vielen roten Grüßen an alle Freunde und Genossen schließe ich für heute.

Rot Front! Euer Hubert"

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

HAMBURG

Am 23. 1. fand in Hamburg der zweite und letzte Verhandlungstag im Prozeß gegen die Genossen H. und M. statt. Angeblich sollen sie Parolen zum Polizeimord an Günter Routhier gemalt haben. Sie hatten Widerspruch eingelegt gegen einen Strafbefehl über 600 DM sowie Veröffentlichung in der „Morgenpost" (Anklage: Beleidigung der Duisburger Polizei). Während der 2-tägigen Verhandlung konnte den Genossen nicht nachgewiesen werden, daß sie die Parolen gemalt hatten. Trotzdem wurden die Genossen verurteilt — zu je 1200 DM.

FRIEDRICHSHAFEN

Vor kurzem fand ein Prozeß gegen vier Genossen des KBW aus Ravensburg statt. Ihnen wurde vorgeworfen, ein Flugblatt in Umlauf gebracht zu haben, in dem vom Polizeimord an Genossen Günter berichtet wird (Anklage: Beleidigung der Duisburger Polizei). Erst nach 1 1/2 Jahren Schriftsätzen, Terminen usw. war es zur Hauptverhandlung gekommen. Die Verteidigung stellte gleich zu Anfang einen Antrag, einige Zuschauer aus der damaligen Arbeitsgerichtsverhandlung als Zeugen zu laden. Es kam jedoch nicht dazu, da die Staatsanwaltschaft, bevor das Verfahren überhaupt richtig angefangen hatte, einen Antrag stellte, zu prüfen, ob das „Delikt" verjährt sei. Das Verfahren wurde daraufhin eingestellt.

Verhindert die Abschiebung!

Fortsetzung von Seite 1

Ausweisung in die Türkei bedeutet für die türkischen Patrioten Folter und möglichen Tod. Schon der Versuch solche Schriften zu verbreiten, wie sie im Kölner Prozeß als „Beweismittel" aufgefahren wurden, wird in der Türkei mit dem Tode bestraft. Unter der Regierung Demirel wurden allein 40 politische Gefangene zu Tode gefoltert und über 1000 schwer verletzt. (nach Angaben von Amnesty International) Alle drei türkischen Patrioten, die jetzt ausgewiesen werden sollen, werden — nach Auskunft von Amnesty — in der Türkei gesucht. Nach Ömer Özerturgut wurde bereits über den Rundfunk unter Androhung von Schußwaffengebrauch gefahndet.

Die geplante Ausweisung türkischer Patrioten zeigt einerseits wie skrupellos die westdeutsche Bourgeoisie mit faschistischen Regimes zusammenarbeitet. Die Ausweisung ist aber nicht nur etwa eine Hilfsmaßnahme für die türkische Reaktion. Wenn die westdeutsche Bourgeoisie ausländische Arbeiter nach ihrer Teilnahme an Streiks ausweist (Ford, Dynamit Nobel), wenn sie ausländische Kommunisten und Revolutionäre verurteilt und ausweist, dann eben auch deshalb, weil sie als Teil der Arbeiterklasse, als Teil der Werktätigen hier gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch die westdeutschen Imperialisten kämpfen. So heißt es auch im Verfassungsschutzbericht 1974: **„Aus Gründen der inneren Sicherheit** wurden mehrere Versammlungen der CISNU sowie griechischer und türkischer Maoisten verboten und insgesamt sechs ausländische Extremisten aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen." (Hervorhebung — RM)

Mit anderen Worten, Folter und möglicher Tod, die die türkischen Patrioten in der Türkei erwarten, liegen auch im Interesse der westdeutschen Kapitalistenklasse. Nur das sie sich aufgrund des reaktionären Ausländergesetzes nicht selbst die Hände mit Blut beflecken muß. Sie verhängt verhältnismäßig niedrige Gefängnisstrafen, weist aus und überläßt die Drecksarbeit den faschistischen ausländischen Regimes. **Das zeigt aber, daß der Terror des westdeutschen kapitalistischen Staates, der sich heute insbesondere gegen klassenkämpferische und kommunistische Ausländer richtet. auf die gesamte Arbeiterklasse gemünzt ist. Die Solidarität mit den verfolgten ausländischen Kollegen und Genossen liegt deshalb im ureigensten Interesse der deutschen Werktätigen. Sie ist Teil des Kampfes gegen die wachsende Faschisierung in der Bundesrepublik.**

Verhindert die Abschiebung der türkischen Patrioten!

Freiheit für die vier türkischen Patrioten
Protesterklärung — Marburg, 6. 2. 76

In Köln befinden sich zur Zeit vier türkische Patrioten in Abschiebehaft. Sie wurden zu Gefängnisstrafen zwischen zwei Jahren und 18 Monaten Gefängnis verurteilt wegen angeblicher Mitgliedschaft in der Patriotischen Einheitsfront der Türkei. Die vier türkischen Patrioten wurden wegen ihrer revolutionären Gesinnung verurteilt und sollen deshalb auch abgeschoben werden.

Die Anwesenden der Studentenvollversammlung der Marburger Universität solidarisieren sich mit den vier türkischen Patrioten und fordern:

Sofortige Rücknahme der Ausweisungsverfügung!

Freiheit für die vier türkischen Patrioten

Die Resolution wurde von der Roten Hilfe Deutschlands vorgeschlagen und mit großer Mehrheit angenommen (ungefähr 700 Teilnehmer)

Schreibt an die Genossen Özerturgut und Tutgun:

JVA Dinslaken, Zweigstelle Duisburg-Ruhrort, Amtsgerichtsstr. (Besuchszeiten: Mo-Fr 10-12, 14-16 Uhr)

Protestiert gegen Ausweisung und Abschiebung beim Oberstadtdirektor der Stadt Köln — Ausländeramt — Tel: 0221/57251 — Buchstaben Ö,T,Y

Fordert die Bewilligung des politischen Asyls beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Tel.: 0911/69059 - 69051 - 226127 - 223700 — Buchstaben Ö, T, Y

Protestiert gegen die Abschiebungshaft bei der JVA Dinslaken Tel: 0203/82686; beim zuständigen Haftrichter Dr. Straetmann, Amtsgericht Köln, Abt. 207, Appelhofplatz, 5000 Köln

4 Wochen Jugendarrest

Am 28. 1. 76 wurde ein Genosse aus Bielefeld zu 4 Wochen Jugendarrest verurteilt. Er war in Dortmund bei einer Demonstration anläßlich des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen festgenommen und von der Polizei zusammengeschlagen worden. Jetzt lautete die Anklage auf Widerstand und „Körperverletzung mit einem gefährlichen Gegenstand''. Weder die aufgefahrenen Polizeizeugen noch ein ziviler Zeuge konnten das allerdings beweisen. Sie konnten sich noch nicht einmal an das Aussehen des Genossen erinnern. Nervös geworden durch diese Aussagen, ließ der Richter den Saal räumen. Die Zuschauer erhielten Hausverbot.

Verlag ,,Neue Welt" durchsucht

Am 30. 1. durchsuchten 10 Kölner Polizeibeamte den Film- und Schallplattenverlag „Neue Welt" und die dem Verlag angeschlossene Druckerei. Sie wiesen einen Hausdurchsuchungsbefehl vor, in dem nach einem Plakat gefahndet wird, das in den letzten Tagen im Kölner Stadtbereich auftauchte mit der Überschrift „Gesucht und zu verur-,,teilen''. Das Plakat ist gegen den berüchtigten Kommunistenjäger Somoeskoey gerichtet, der gerade jetzt die 4 türkischen Patrioten verurteilte. Die Polizei fand allerdings keinen Hinweis auf das Plakat und zog unverrichteter Dinge wieder ab.

Berichtigung

Liebe Genossen,

in unserem Bericht über den Polizeiüberfall im Essener Klinikum, den ihr im RM Nr. 5/76 abgedruckt habt, sind uns leider zwei Fehler unterlaufen. Wir haben dort fälschlicherweise berichtet, daß ein Komilitone von den Bullen zusammengeschlagen worden sei. Er wurde wohl von 20 Bullen überfallen und in den Mannschaftswagen gezerrt, aber nicht zusammengeschlagen. Auch wurde beim Polizeimord an Genossen Günter, der im Essener Klinikum starb,nicht das gesamte Klinikum, sondern nur das pathologische Institut von den Bullen besetzt.

Rot Front! KSB/ML Essen

Spendenliste Januar 1976

Im Januar 1976 gingen folgende Spenden auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN ein:

J. B., Köln, 2. 1.	70,00
W. M., Nördlingen, 5. 1.	100,00
Jahresfeier Bremen, 5. 1.	293,00
Kunden des Buchladen Roter Morgen, Westberlin, 5. 1.	139,40
Chr. St., München, 6. 1.	470,00
Kunden des Buchladen Roter Morgen, Bochum, 6. 1.	41,73
W. K., Essen, 7. 1.	15,00
D. V., Wattenscheid, 7. 1.	13,00
Büchertisch Saarbrücken, 9. 1.,	20,41
Silvesterfeier Stuttgart, 9. 1.	288,20
Chr. V., München, 12. 1.	5,00
W. H., München, 12. 1.	70,00
Wohngemeinschaft Westberlin, 14. 1.	66,00
C. H., Herne, 16. 1.	5,00
Jahrestagsfeier Ludwigshafen, 19. 1.	585,00
Rote Garde Wiesbaden, 23. 1.	30,00
Rote Garde Westberlin, 26. 1.,	170,00
Zelle Schaltwerk, Westberlin, 29. 1.	200,00
Kunden des Thälmann-Buchladen, Kiel, 29. 1.	111,00
Insgesamt wurden damit gespendet	**2702,74**

Im Januar bzw. Ende Dezember gingen folgende Spenden auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML ein:

Stichwort „KPD/ML"

RG Kitzingen, 30. 12. 75	350,00
Arbeitertreff Spanien / 13. Strafrechtsänderungsgesetz, 7.1.	30,30
RG Reutlingen, 10. 1.	75,00
Silvesterfeier Essen/Mühlheim/Oberhausen, 15. 1.	308,00
Geburtstagsfeier, Essen, 15. 1.	244,00
Veranstaltung 30. 12. 75, Köln, 27. 1.	400,00
Sympathisanten aus Köln, 27. 1.	50,50
Sympathisanten aus Kiel-Gaarden 27. 1.	42,00
Sympathisanten aus Elmschenhagen, 27. 1.,	41,00
Summe	1520,80
D. M., Kiel, 6. 1.	205,00
H. M., Dortmund, 6. 1.	25,00
W. K., Essen, 15. 1.	20,00
Unbekannt aus Wuppertal, 21. 1.	20,00
Summe	3474,26

Stichwort „Solidarität"

Schulfest Rüsselsheim, 30. 12. 75	50,00
OG Friedrichshafen, Erlös von Postkarten vom RAKT, 31. 12. 76	6,00
W. G., Wattenscheid, 31. 12. 75	30,50
E. H., Bielefeld, 31. 12.75	3000,00
H. G. Reutlingen, 5. 1.	27,41
Kunden des Buchladen, Westberlin, 5. 1.,	90,35

Stichwort „ROTER MORGEN"

H. G., Reutlingen, 5. 1.	30,00
H. G., Reutlingen, 5. 1.	180,00
Arbeitertreff Hamburg-Altona, 20. 1.	460,00
Brautpaar aus Gießen, 22. 1.	100,00
Summe	770,00

Stichwort „Kambodscha"

OG Stuttgart, 13. 1.	253,77
7. Jahrestag Dortmund, FIS, 21. 1.	400,00
Summe	653,77

Stichwort „Spanien"

Sammlung KSB/ML Westberlin, 5. 1.,	59,00
Geburtstagsfeier Westberlin, 5. 1.	240,00
BuchladenRoterMorgen, Westberlin, 5. 1.	75,25
Summe	374,25

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Revolutionäre Grüße von Radio Tirana

Liebe Genossen,

leider erhielten wir Eure Pressemitteilung und Protesterklärung zu Genossen Sascha erst jetzt.

Wie wir voller Freude aus dem Roten Morgen erfahren haben, hat Genosse Sascha in der Zwischenzeit einen deutschen Paß erhalten. Wir wünschen Euch auch in Eurem weiteren Kampf für die Freiheit der Antikriegstagskämpfer viel Erfolg. Unsere internationalistische Solidarität gilt den Genossen im Gefängnis.

Wir wünschen dem deutschen Volk in seinem Kampf für ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland unter der Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML, viel Erfolg.

Mit revolutionären Grüßen
Radio Tirana, deutschsprachiges Programm

Bielefelder Studenten kämpfen gegen Mietwucher

„34 Prozent Mieterhöhung" und „Mietwucher" ist auf den Transparenten zu lesen, die in Bielefeld an den Wänden des Hauses Graf-von-Stauffenberg-Straße 1 herunterhängen. Mit diesen Transparenten protestieren 37 Studentenehepaare gegen die unverschämte Preiserhöhung, die ihnen im Herbst letzten Jahres auf den Tisch flatterte, und die zum ersten Januar in Kraft trat.

Die Wohnungen in diesem Haus sind ungefähr 60 Quadratmeter groß. Die Fensterrahmen sind größtenteils undicht, der Straßenlärm ist sehr groß, vielfach stehen die Türrahmen soweit von den Wänden ab, daß schon Mäuse und Ratten in die Wohnungen gekommen sind, und vor ungefähr einem halben Jahr fiel in einer Wohnung der Putz von der Decke, und das alles, obwohl das Haus erst zwei Jahre alt ist. Gebaut wurde es mit großer Unterstützung von Vater Staat. Man munkelt, daß von staatlicher Seite fast 90 % der Baukosten übernommen wurden. Die Baugesellschaft die den schönen Namen „Gemeinnützige" trägt, mußte sich verpflichten, die ersten Jahre nur Studentenehepaare darin wohnen zu lassen. Danach ging dann das Haus in ihren Besitz über, um es als Apartements an Assistenten an der Uni zu vermieten.

Sofort waren sich alle einig! Diese Mieterhöhung nehmen wir nicht kampflos hin. Man beschloß die höhere Miete nicht zu überweisen, sondern die alte weiter zu bezahlen. Die Nachbarn rund um das Haus, — es befindet sich in einer Arbeiter- und Angestelltensiedlung — sollten von dem Mietstreik und den Gründen durch ein Flugblatt unterrichtet werden. Auch die bürgerliche Presse sollte eingeschaltet werden, indem man Presseerklärungen abgab. Über die rechtliche Lage informierte man sich auch, um zu sehen, ob sich auf dieser Ebene was tun ließe. Da waren allerdings sofort etliche Bewohner sehr im Zweifel. Klar und eindeutig war die Sache länger vorbereitet, und die Gemeinnützige hatte sich wohl genaustens abgesichert. Die Teilnahme an einer Demonstration des revisionistischen Asta, der sofort diesen Angriff auf die Lebenslage der Studenten für seine Ziele einzuspannen suchte, konnten Genossen des KSB/ML nicht verhindern. Die Studenten im Wohnheim sahen die Gelegenheit ihr Problem mit dieser Demonstration breit unter die Bevölkerung zu tragen, und erkannten nicht, daß die modernen Revisionisten sowas für ihre Zwecke ausnützen würden, bzw. war ihnen die Gefährlichkeit des modernen Revisionismus nicht klar.

Obwohl die Studenten bisher nicht bezahlt haben, hat sich die Gemeinnützige noch nicht gerührt. Um allen Eventualitäten vorzubeugen, hat man jetzt beschlossen ein Verantwortlichensystem in den einzelnen Stockwerken einzuführen, um im Falle des Falles schnell reagieren zu können. Wir werden Euch weiter über den Kampf der Studenten berichten, und bitten Euch, diesen Bericht einmal abzudrucken. Hinzuzufügen ist noch, daß im Aufsichtsrat der Gemeinnützigen einige SPD- und Gewerkschaftsbonzen sitzen. Was wieder einmal Bände spricht.

Grundschulungsjahr hat begonnen

Im Januar bzw. im Februar haben überall die von der Partei durchgeführten Grundschulungskurse des Marxismus-Leninismus begonnen. Zum ersten Mal werden die Grundschulungskurse in diesem Jahr öffentlich abgehalten. Jeder, der sich die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Theorie aneignen will, der bereit ist, ein- bis zweimal im Monat, manchmal auch einen halben Tag oder ein Wochenende, und die notwendige Vorbereitungszeit zum Studium der Texte aufzubringen, kann an den Kursen teilnehmen.

Die Grundschulungskurse bilden einen in sich abgeschlossenen Lehrgang, mit dem innerhalb eines Jahres ein erstes, möglichst abgeschlossenes Studium der Lehre und Methode des Marxismus-Leninismus erreicht werden soll. Die einzelnen Schulungssitzungen bauen dementsprechend aufeinander auf und ein Besuch des Kurses von Anfang bis zum Ende ist daher am zweckmäßigsten.

Aber die Sitzungen des Kurses sind so aufgebaut und die einzelnen Texte werden so durchgenommen, daß es jederzeit möglich ist, in den Kurs einzusteigen; auch sich nur einzelne Sitzungen besonders interessierender Themen „herauszupicken". Die Möglichkeiten sich an den von der Partei durchgeführten Grundschulungskursen zu beteiligen sind also vielfältig. Durch die Veröffentlichung der Themen, der Termine und des Ortes der Schulungssitzungen in den Betriebs- und Stadtteilzeitungen, durch Aushang in den Parteibüros und sonstigen dafür geeigneten Stellen, hoffen wir, für die Teilnahme an den öffentlichen Grundschulungen möglichst viele Interessenten zu gewinnen.

Für jeden Kommunisten ist die Aneignung des Marxismus-Leninismus eine unabdingbare Notwendigkeit, ja, sie ist geradezu eine Pflicht, eine „lebenslange Kampfaufgabe" und auch im Statut unserer Partei gehört das Studium des Marxismus-Leninismus zu den wichtigsten Pflichten jedes Parteimitglieds.

Warum ist das so?

„Ohne revolutionäre Theorie", schrieb Lenin in „Was tun?" (Werke Bd. 5, S. 379), ***„kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben."***. Diese revolutionäre Theorie ist der Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse. Schon in dem allerersten Programm der Kommunistischen Partei, dem berühmten von Marx und Engels 1848 verfaßten Kommunistischen Manifest, wird erklärt: *„Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbessserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existiertenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung."* Und kurz vorher stellten Marx und Engels fest, daß die Kommunisten „theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung" voraushaben (vgl. beides Kommunistisches Manifest, Peking 1969, S. 50).

Allein die marxistisch-leninistische Theorie und Methode liefert der Partei das Rüstzeug, in jeder Situation eine feste und prinzipientreue Haltung einzunehmen, ihre Strategie und Taktik entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten, der tatsächlichen Entwicklung des Klassenkampfes festzulegen und die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten werktätigen Klassen und Schichten auf dem kürzesten Weg zur sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen. *„Solange man mit zähem Fleiß die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie die Werke des Vorsitzenden Mao studiert", erklärte Genosse Wang Hung-wen im Bericht über die Abänderung des Parteistatuts auf dem X. Parteitag der KP Chinas, „aktiv an der Kampfpraxis teilnimmt und sich hart um die Umgestaltung seiner Weltanschauung bemüht, kann man sein Vermögen, den wahren Marxismus und den Pseudomarxismus zu erkennen ständig steigern und die richtige Linie von einer falschen, die richtigen Ansichten von irrigen unterscheiden."*

Die Erfahrung lehrt, daß die gefährlichste Agentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, der moderne Revisionismus und seine verschiedenen Spielarten, sowie der Opportunismus, den Marxismus-Leninismus ja gerade nicht offen und frontal angreifen, sondern versteckt, auf dem Weg der Verfälschung, der Entstellung, der Verleugnung seiner grundlegenden Prinzipien unter dem Hinweis veränderter Bedingungen, ja, sogar der Behauptung, den Marxismus-Leninismus weiterzuentwickeln. Das zu erkennen, Pseudomarxismus von wirklichem Marxismus zu unterscheiden ist nicht einfach, kostet Anstrengungen, ernsthaftes Studium und harten Kampf.

Um sich die grundlegenden Gesichtspunkte und die Methode des Marxismus-Leninismus wirklich anzueignen und sie beherrschen zu lernen, muß man den Marxismus-Leninismus vollständig und nicht bruckstückhaft, muß man die grundlegenden Texte der Klassiker des Marxismus-Leninismus vollständig und nicht nur in Auszügen, Zusammenstellungen, kommentierten Zitatensammlungen usw. studieren. Eine solche Methode ist sehr gefährlich und wer ihr folgt, darf sich nicht wundern, wenn er revisionistischen Ansichten folgt, ohne es zu merken.

Deshalb werden in den Grundschulungskursen der Partei folgende grundlegenden Texte der Klassiker vollständig studiert: Im ersten Komplex wird neben dem Artikel *„Karl Marx"* von Lenin, der eine Zusammenfasung des Marxismus gibt, vor allem das *„Kommunistische Manifest"* studiert. Es folgen zwei ökonomische Schriften von Marx: *„Lohnarbeit und Kapital"* und *„Lohn, Preis und Profit"*. Im dritten Komplex, der sich mit der Theorie und Methode des Marxismus-Leninismus befaßt, wird eine Abhandlung von Stalin: *„Über den dialektischen und historischen Materialismus"* sowie die bekannten Schriften *„Über den Widerspruch"* und *„Woher kommen die richtigen Ideen der Menschen?"* von Mao Tse-tung behandelt. Es folgt Lenins Abhandlung über den *„Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus"* und seine Schrift „Staat und Revolu*tion"*, in der die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution begründet wird. Die Schulung schließt mit einem Wochenendseminar über Lenins Schrift: *„Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus"* und den *„Grundlagen des Leninismus"* von Stalin. **In Diesem Zusammenhang werden auch das Vorwort und die Rede, gehalten auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, in der Genosse Enver Hoxha 1960 die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gegen die Chruschtschowrevisionisten verteidigt, behandelt.** Alle diese Texte können, in einem Schulungspaket zusammengefaßt bei der „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" bestellt werden.

Der Marxismus-Leninismus ist keine Geheimwissenschaft und kein Monopol einiger privilegierter Leute. Je mehr fortschrittliche und klassenbewußte Arbeiter und andere Werktätige sich an den öffentlichen Grundschulungen beteiligen, je mehr der Marxismus-Leninismus Verbreitung findet, um so besser. Der Marxismus-Leninismus, wird in einer Sendung von Radio Tirana festgestellt, ***„ist die wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen und nur dann, wenn seine deen zum allgemeinen Gut der werktätigen Massen werden, bleibt er nicht etwas abstraktes, sondern verwandelt sich in eine große revolutionäre Kraft zur Umgestaltung der Welt."***

Norman Bethune in China

3. Folge. Sofort nach seiner Ankunft in dem Dorf Sungyänkou stürzte sich Genosse Bethune mit Feuereifer in die Arbeit. Nach seinen Plänen wurde in dem alten Tempel des Dorfs ein vorbildliches Krankenhaus errichtet. Aber im September 1938 sammelten die japanischen Imperialisten eine riesige Streitmacht und rüsteten zum Angriff auf das Stützpunktgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh . . .

[Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM].



Ende September konzentrierten die japanischen Aggressoren über 30000 Mann Infanterie, Kavallerie und Artillerie und griffen in 10 Kolonnen, mit der Unterstützung ihrer Luftwaffe und anderer mechanisierten Abteilungen, das Mittelgebiet des Militärbezirkes Schansi-Tschahar-Hopeh an.



Auf Befehl wurde das vorbildliche Krankenhaus ausgeräumt und verlassen. Genosse Bethune verließ Sungyänkou zu Pferd. Nur schweren Herzens ging er weg von dem Krankenhaus, das ihm Anstrengung und Opfer gekostet hatte, und sagte im Zorn: „Die Faschisten sind abscheulich. Sie lassen uns nicht einmal ruhig in der Bergschlucht wohnen."



Sie kamen durch viele Dörfer. Genosse Bethune sah, daß die Bevölkerung, angesichts der „großen Säuberungskampagne" der Feinde, kampfbereit war. Ihr Selbstbewußtsein berührte ihn sehr, und er sagte zu seinem Dolmetscher: „Ich bin sicher, daß das chinesische Volk siegen wird!"



Die japanischen Aggressoren fanden Sungyänkou und das Krankenhaus menschenleer. Sie verbrannten alles. Unsere Truppen mieden die Hauptkraft der Feinde. Wir griffen sie von hinten an und schlugen sie vernichtend.



Unsere „Antisäuberungskampagne" endete mit einem Sieg. Auf dem Weg sah Genosse Bethune viele Wagen mit den erbeuteten Waffen und lange Reihen von Kriegsgefangenen. Er sagte freudig: „So soll man die Faschisten schlagen! Sagt den Kämpfern, sie sollen noch viele solcher Siege davontragen."



Genosse Bethune begann die Schrift des Vorsitzenden Mao „Über den langwierigen Krieg" zu studieren. Er sagte: „Gut! Das ist ein langwieriger Volkskrieg. Er geschieht in einer besonderen Situation. Es gibt weder ‚Front' noch ‚Hinterland'. Wo es Verwundete gibt, dort müssen wir hin."



Ende des Jahres ritt Genosse Norman Bethune an der Spitze eines Sanitätstrupps zum Dorf Yangdjiadschuang. Während des Ritts gerieten sie einmal in einen Schneesturm und konnten kaum die Augen öffnen.
Im Bart des Genossen Bethune froren Eistropfen. Lachend sagte er: „Seht, ich kann jetzt ohne Schminke den Weihnachtsmann spielen!" Und alle mußten mitlachen.



Ohne Halt zu machen, überstieg der Sanitätstrupp mehrere Berge, bis der Ort Yangdjiadschuang erreicht wurde, wo Genosse Bethune sofort an die Arbeit ging.

(wird fortgesetzt)

Die Haltung der GRF (KPD) zur imperialistischen Armee

Die Bourgeoisie war offensichtlich angenehm überrascht. Kaum eine bürgerliche Zeitung, die nicht über die ,,grundlegende Änderung der Einstellung" der GRF (KPD) zur Bundeswehr berichtete.

Wurde zuvor die Zersetzungsarbeit in der Bundeswehr in einzelnen Artikeln der ,,Roten Fahne" verteufelt, so ist dies anläßlich des Prozesses von Klaus Öllerer, der wegen ,,Wehrkraftzersetzung" angeklagt worden war, vom ZK-Mitglied der GRF Ulrich Lenze als offizielle Linie der GRF verkündet worden: Genosse Lenze, heißt es in der ,,Roten Fahne", wies *,,alle Versuche des Gerichts und der Staatsanwaltschaft zurück, der KPD und dem KJVD die Absicht zu unterstellen, sie wolle heute unmittelbar die Bundeswehr zersetzen".*

Wie aber bestimmt sich die Haltung der Marxisten-Leninisten zur Bundeswehr? Eine richtige Haltung gegenüber der Bundeswehr kann man nur einnehmen, wenn man festhält an der sozialistischen Revolution und am proletarischen Internationalismus. In seiner Kieler Rede hat Genosse Ernst Aust die Aufgaben der imperialistischen Armee vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus zusammengefaßt: ,,a) der Schutz, die Verteidigung des Besitzes der Kapitalisten, die Aufrechterhaltung ihres Systems der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; b) die Unterdrückung des eigenen Volkes im Falle eines revolutionären Aufstandes; c) als Aggressionsinstrument im Falle eines imperialistischen Krieges zu dienen." Ob als Bürgerkriegsinstrument oder als aggressives Kriegsinstrument zur Unterjochung anderer Völker — die imperialistische Armee ist ein konterrevolutionäres Werkzeug in den Händen der Monopolbourgeoisie. Und das Proletariat kann seine historische Mission, den Imperialismus durch die sozialistische Revolution zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten, nur verwirklichen, wenn es dieses Herrschaftsinstrument der Konterrevolution zerschlägt. *,,Das erste Gebot jeder siegreichen Revolution — Marx und Engels haben das wiederholt betont — war: die alte Armee zu zerschlagen, sie aufzulösen, sie durch eine neue zu ersetzen. Eine neue, zur Herrschaft aufsteigende Gesellschaftsklasse hat nie diese Herrschaft erlangen und festigen können, und sie kann es auch jetzt nicht tun, ohne das alte Heer völlig zersetzt zu haben ..., ohne im harten Bürgerkrieg allmählich die neue Armee, die neue Disziplin, die neue Militärorganisation der neuen Klassen zu schaffen"*, schreibt Lenin.

Eben diese marxistisch-leninistische Haltung zur imperialistischen Bundeswehr konsequent einzunehmen oder von ihr abzurücken, ist ein entscheidender Prüfstein dafür, ob man an der sozialistischen Revolution und am proletarischen Internationalismus festhält.

Aber hat sich die Bedeutung der Bundeswehr nicht geändert dadurch, daß die Hauptkriegsgefahr gegenwärtig von den beiden imperialistischen Supermächten USA und Sowjetunion ausgeht? Den westdeutschen Imperialismus als Hauptkriegstreiber zu bekämpfen, hieße, sich schützend vor die beiden Supermächte zu stellen und insbesondere dem russischen Sozialimperialismus, der seine fieberhaften Kriegsvorbereitungen hinter einem Rauchschleier von ,,Entspannungs" und ,,Abrüstungs"geschrei vorantreibt, einen großen Dienst zu erweisen. **Aber es ist ebenso schädlich, über der Tatsache, daß vom westdeutschen Imperialismus gegenwärtig nicht die Hauptkriegsgefahr ausgeht, zu ,,vergessen", daß die Bundeswehr nach wie vor eine imperialistische Armee ist und bleibt.**

Auch wenn der westdeutsche Imperialismus gegenwärtig nicht eigenständig einen imperialistischen Krieg auslösen kann — seine aggressiven Ziele hat er keineswegs deshalb schon verloren oder aufgegeben. Illusionen über den imperialistischen Charakter der Bundeswehr zu verbreiten, ist zumal deshalb völlig falsch, da die Bundeswehr gegenwärtig ein fester Bestandteil des aggressiven Nato-Kriegsblocks ist, der unter der Vorherrschaft des US-Imperialismus steht. Das letzte Weißbuch der Bundesregierung zur ,,Sicherheit der BRD" hat erneut betont, daß die westdeutschen Imperialisten im Falle eines Krieges zwischen den beiden Supermächten unser Volk für die Interessen des US-Imperialismus und unter seinem Oberbefehl in die Schlacht um die Weltherrschaft jagen wollen. Ebenfalls nicht im geringsten geändert hat sich der Militarismus nach innen, der Ausbau der Bundeswehr als Bürgerkriegsinstrument gegen die proletarische Revolution.

Fassen wir zusammen: Auch wenn die westdeutschen Imperialisten gegenwärtig nicht die Hauptkriegstreiber sind, so hat sich der imperialistische Charakter ihrer Armee keineswegs gewandelt. Nach wie vor stehen sich die Interessen des Proletariats, die sozialistische Revolution durchzuführen, und diese imperialistische Kriegs- und Bürgerkriegsarmee der westdeutschen Monopolbourgeoisie in jeder Hinsicht unversöhnlich gegenüber.

Der Standpunkt der ,,Roten Fahne" aber leugnet eben diesen antagonistischen Widerspruch zwischen imperialistischer Armee und Proletariat. Dort wird die Position, daß man gegenwärtig die Bundeswehr nicht zersetzen dürfe, damit begründet, daß die militärische Übermacht des russischen Sozialimperialismus die Bundeswehr notwendig mache, so daß sich das Proletariat im Kampf gegen beide Supermächte auf die Bundeswehr gegenwärtig stützen müsse. Das heißt nichts anderes, als daß das Proletariat sich unter die Führung der Monopolbourgeoisie stellen soll. Mehr noch, die ,,Rote Fahne" fordert, daß man angesichts der militärischen Übermacht des russischen Sozialimperialismus die konventionelle Aufrüstung der Bundeswehr sogar verlangen und unterstützen soll. Das heißt eindeutig, den Klassenstandpunkt der sozialistischen Revolution zu verlassen, heißt Blockbildung mit der eigenen Monopolbourgeoisie zu betreiben.

Ihre Versicherungen, daß man mit der Unterstützung der Aufrüstung zugleich dagegen kämpfen müsse, daß die Bundeswehr als Aggressionsinstrument gegen andere Völker oder als Bürgerkriegsinstrument gegen das Proletariat eingesetzt wird, machen die Sache keinen Deut besser. Im Gegenteil werden damit Illusionen verbreitet, daß man die Bundeswehr aufrüsten und dabei zugleich ihren aggressiven Charakter nach innen und außen einschränken oder gar beseitigen könne. Dabei wird so getan, als könne man die Bundeswehr durch den Kampf gegen bestimmte Ideologien von einer imperialistischen Armee in eine dem Volk nützende Armee verwandeln. So hieß es bereits in der ,,Roten Fahne" Nr—28/75: ,,Wir müssen nach wie vor den Kampf führen gegen den Militarismus, als reaktionäre Ideologie der kastenmäßigen Abgetrenntheit des Militärs von den Volksmassen ..."

Aber ist der Militarismus nur eine Ideologie? Eine Anschauung, die man im Kapitalismus bekämpfen kann, um Militär und Volksmassen miteinander zu verbinden? Schon das Ziel, das damit angegeben wird, Militärs und Volksmassen im Kapitalismus einander näher zu bringen, ist durch und durch reaktionär und entspricht im wesentlichen den Versuchen der westdeutschen Militaristen mit ihrer Propaganda vom ,,Staatsbürger in Uniform", den Militärapparat der westdeutschen Monopolbourgeoisie als Militärapparat des Volkes auszugeben.

Lenin sagte über den Militarismus: *,,Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine ,Lebenserscheinung' des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (Militarismus nach außen, wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller ökonomischen und politischen Bewegungen des Proletariats (Militarismus nach innen)!"* (Werke Bd. 15, S. 187). Daraus folgt eindeutig, daß der imperialistische Charakter der Bundeswehr nach außen wie nach innen als eine ,,Lebenserscheinung" des Kapitalismus erst mit ihrer Niederschlagung beseitigt werden kann. Und jede Unterstützungsmaßnahme für die Bundeswehr, jede Aufforderung, die Zersetzungsarbeit in der imperialistischen Armee für die sozialistische Revolution einzustellen, nichts anderes bedeutet, als den Imperialismus zu stärken gegen die Arbeiterklasse, gegen die sozialistische Revolution.

Marxismus-Leninismus oder bürgerlicher Nationalismus

Wenn die ,,Rote Fahne" ihre Forderung nach konventioneller Aufrüstung der Bundeswehr damit begründet, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit gegen die beiden Supermächte dies erfordere, so heißt das zugleich, daß der Kampf für die sozialistische Revolution dem Kampf für nationale Unabhängigkeit untergeordnet werden soll. Denn das Proletariat wird aufgefordert, zugunsten des Kampfes für nationale Unabhängigkeit die bewaffnete Konterrevolution zu stärken, die sich zugleich auch gegen die proletarische Revolution richtet.

In der Erklärung des Zentralkomitees ,,Deutschland dem deutschen Volk!" wird festgestellt: *,,Die Bourgeoisie in der imperialistischen Phase des Kapitalismus, sowohl die alte im Westen, als auch die neue im Osten, ist nicht mehr in der Lage, die Führung der Nation zu übernehmen. Diese Aufgabe fällt heute — bereits vor der Periode des Sozialismus — der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhutpartei zu. Diese Aufgabe steht durchaus nicht im Widerspruch zu den besonderen Klasseninteressen des Proletariats; im Gegenteil, die Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe erleichtert ihr die Lösung der Klassenaufgabe, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution. So ist denn der Kampf um die Einheit Deutschlands ein untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Revolution."* (S. 31). Die ,,Rote Fahne" aber konstruiert einen scharfen Widerspruch zwischen der Klassenaufgabe des Proletariats und seiner nationalen Aufgabe, indem sie behauptet, die Erfüllung der nationalen Aufgabe erfordere eine Stärkung der gegen die sozialistische Revolution gerichteten imperialistischen Armee. **In Wirklichkeit besteht dieser Widerspruch so nicht, weil die Feinde der sozialistischen Revolution, auch Feinde der deutschen Nation sind.**

Die Position der GRF bedeutet, einen Standpunkt des kleinbürgerlichen Nationalismus einzunehmen.

,,Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier, ein Internationalist", sagt Lenin, *,,argumentiert anders: Der Charakter eines Krieges [ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer ist] hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ,Feind' steht, **sondern davon, welche Klasse** den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird. Ist der Krieg ein reaktionärer, imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, der von zwei Mächtegruppen der imperialistischen, gewalttätigen, raubsüchtigen, reaktionären Weltbourgeoisie geführt wird, so macht sich jede Bourgeoisie [sogar die eines kleinen Landes] der Mittäterschaft am Raube schuldig, und meine Aufgabe, die Aufgabe eines Vertreters des revolutionären Proletariats, ist es dann, die **proletarische Weltrevolution** vorzubereiten als **einzige** Rettung vor den Schrecken des Weltgemetzels. Nicht vom Standpunkt ,meines' Landes darf ich urteilen [denn so urteilt ein kläglicher Dummkopf, ein nationalistischer Spießer, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist], sondern vom Standpunkt **meiner Teilnahme** an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution."*

Aus Lenins Feststellung folgt keineswegs, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit kein eigenständiger Frontabschnitt wäre. Im Gegenteil, die Marxisten-Leninisten erkennen den Kampf für nationale Unabhängigkeit als eigenständige Front an, aber **keineswegs und niemals losgelöst** von der Frage der sozialistischen Revolution, sondern als Frontabschnitt, der ihr **untergeordnet** ist und ihr **dient.** Aber aus Lenins Worten folgt, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit in einem imperialistischen Land wie Westdeutschland dann fortschrittlichen Charakter hat, wenn er als Hebel zur sozialistischen Revolution dient, wenn er von vornherein sich gegen jegliche Imperialisten, auch gegen die ,,eigenen" richtet. Das aber heißt, daß im Kampf gegen die beiden Supermächte der Widerspruch zur westdeutschen Monopolbourgeoisie von Anfang an antagonistisch ist und bleibt, daß es keine Blockbildung mit der Monopolbourgeoisie geben, man sich nicht auf sie ,,stützen" kann.

Ebenso vom Standpunkt der sozialistischen Revolution muß man an die Frage des Kampfes gegen die US-Besatzungstruppen herangehen. Stellen die US-Besatzungstruppen in Westdeutschland vielleicht im Kampf um die sozialistische Revolution eine günstige Bedingung dar? Keineswegs, sie dienen u. a. direkt dazu, die Kräfte der Konterrevolution gegen das Proletariat zu verstärken. Von daher können sie auch **in keinem Fall** als Kraft im Kampf für nationale Unabhängigkeit, der Bestandteil des Kampfes für die sozialistische Revolution ist, dienen.

Die ,,Rote Fahne" aber rechnet vor: ,,Auch wenn sie heute noch unter der Oberhoheit des USA-Imperialismus stehen, und daher nicht auf die gerechte Verteidigung ausgerichtet sind, so sind sie dennoch nötig, weil ohne sie der sowjetische Sozialimperialismus gegenwärtig ein leichtes Spiel mit uns hätte." Gewiß, der russische Sozialimperialismus ist heute die aggressivere von beiden Supermächten. Aber heißt das, daß der USA-Imperialismus samt seiner Kriegsarmee harmlos geworden ist? In dem Artikel ,,Die Faktoren für die Revolution wie für den Krieg wachsen an" (Peking Rundschau Nr. 1/76) heißt es über die US-Imperialisten: *,,Gegenwärtig versuchen sie, obwohl auf dem absteigenden Ast, mit allen Kräften ihre bestehenden Interessen aufrecht zu erhalten. Die Sowjetrevisionisten ihrerseits sind darauf aus, sich von der zweiten Stelle an die erste Stelle vorzuarbeiten."* Die bestehenden Interessen aufrecht zu erhalten, dazu dienen dem US-Imperialismus auch seine Truppen in Westdeutschland. Die ,,Rote Fahne" aber verharmlost dies: ,,Die BRD ist militärisch nicht besetzt; sie befindet sich aber in einem Bündnis mit dem USA-Imperialismus." (Theorie und Praxis Nr. 2). Damit wird direkt die Politik der Vorherrschaft der US-Supermacht verharmlost, der Besatzerstatus ihrer Truppen einfach geleugnet.

Ihre Haltung gegenüber den US-Truppen kommt deutlich in der Feststellung der ,,Roten Fahne" Nr. 28/75 zum Ausdruck: ,,Wir erziehen die Volksmassen also im praktischen Kampf, daß sie heute die Vertreibung der USA-Truppen nicht ehrlich wollen können." **Dies ist in dreifacher Hinsicht eine reaktionäre Position: 1. Sie stellt sich gegen die sozialistische Revolution, für die die Anwesenheit dieser Besatzer ein weiterer Knebel ist, und dient damit der Konterrevolution; 2. verrät diese Position zur Duldung der US-Besatzertruppen den Kampf um nationale Unabhängigkeit; 3. richtet sich diese Position gegen die weltweite Einheitsfront der Völker, die gegen beide Supermächte kämpfen, für die der Kampf gegen den US-Imperialismus auch in unserem Land von großer Bedeutung ist.**

Dagegen schrieben wir im ROTEN MORGEN Nr. 31/75: *,,Wir müssen der wachsenden Bewegung gegen die US-Besatzertruppen unsere volle Unterstützung zuteil werden lassen. Dabei ist es aber die Pflicht der kommunistischen Partei, die Massen zum Kampf gegen beide Supermächte zu erziehen, in der Bewegung gegen den US-Imperialismus einen schonungslosen Kampf gegen den modernen Revisionismus führen. Wenn die Bewegung gegen den US-Imperialismus und seine Besatzertruppen auf dieser revolutionären Linie einen Aufschwung nehmen würde, würde das eine große Stärkung der Kräfte der Revolution in unserem Land bedeuten. Wenn diese Bewegung stark genug wäre, die US-Truppen vom Boden unseres Landes zu vertreiben, wäre dies ein großer Sieg des Volkes, der keineswegs dem Sozialimperialismus das Tor zum Einmarsch nach Westdeutschland öffnen würde. Denn diese starke revolutionäre Volksbewegung gegen den US-Imperialismus würde unter der Führung der Partei und auf der Grundlage ihrer revolutionären, marxistisch-leninistischen Linie zweifellos genauso heldenhaft und letztlich genauso siegreich gegen den russischen Sozialimperialismus kämpfen."* Das ist die klare revolutionäre Haltung zum Kampf gegen die US-Besatzer, die auf der Erkenntnis beruht, daß nur das Volk die Triebkraft der Geschichte ist, nicht aber diese oder jene imperialistische Armee.

Und keinen Deut anders verhält sich das in der Frage der Haltung zum Kampf in der Bundeswehr: Zersetzungsarbeit in der Bundeswehr auf der Grundlage des Kampfes für die sozialistische Revolution bedeutet eben nicht die Kampfkraft des Volkes gegen die beiden Supermächte zu schwächen, sondern bedeutet vielmehr, sie zu stärken auf revolutionärer Grundlage — das heißt zugleich, wirklich an die Revolution heranzukommen. Auch von der Frage des Kampfes für nationale Unabhängigkeit ausgehend, gilt es gerade angesichts der wachsenden Kriegsgefahr, die von beiden Supermächten ausgeht, die Zersetzungsarbeit in der Bundeswehr verstärkt voranzutreiben, gilt es gerade, breite Teile der Soldaten auf revolutionärer Grundlage für den Kampf um nationale Unabhängigkeit zu mobilisieren und damit die Faktoren für die proletarische Revolution zu verbessern.

Auf den Positionen, die die GRF (KPD) in diesen Fragen zu ihrer offiziellen Linie erhoben hat, kann es jedoch keine Einheit geben. Es sind revisionistische Positionen, die dem Kampf für die sozialistische Revolution wie dem Kampf für nationale Unabhängigkeit schweren Schaden zufügen, wenn sie nicht entschieden bekämpft und zurückgewiesen werden.

Portugal

Kommunistische Partei -PCP(R)- gegründet!

Vom 27. Dezember 1975 bis zum 5. Januar 1976 hat der Parteitag zum Wiederaufbau der portugiesischen Kommunistischen Partei stattgefunden, als dessen Ergebnis die „Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut)" gebildet wurde. Der Parteitag sandte dem Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens eine Grußbotschaft. Darin heißt es unter anderem:

„**Die Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens ist eine lebendige Quelle von Lehren für die Marxisten-Leninisten Portugals im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus, Hauptfeinde und ständige Bedroher unseres Volkes, gegen die revisionistischen Verräter, die die Arbeiter- und Volksbewegung von innen her sabotieren, gegen die bürgerlichen Ideen und Theorien der Sozialdemokratie, für die Volksrevolution und den Aufbau des Sozialismus in unserem Land.** Eure Geschichte zeigt allen Völkern und insbesondere dem portugiesischen Volk eindeutig, wie ein kleines Land und ein unterdrücktes Volk sich auf die eigene Kraft gestützt vom Imperialismus befreien, eine wirkliche nationale Unabhängigkeit erlangen und mit einer unbezwingbaren Entschlossenheit auf dem Weg des Sozialismus sicher vorwärtsschreiten kann."

„Die Partei, die wir heute aufbauen, ist 1921 entstanden und ist mehrere Jahrzehnte lang die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse und des Volkes, die Führerin ihrer Kämpfe gegen Faschismus und kapitalistische Ausbeutung, gegen Kolonialismus und Imperialismus, für Volksdemokratie und Sozialismus gewesen. **Die Vergangenheit der Portugiesischen Kommunistischen Partei, ihre Kämpfe und Helden gehören vollständig den marxistisch-leninistischen Kommunisten und nicht der revisionistischen Cunhal-Clique, die sie vollkommen verraten hat. Die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) entstand im Ergebnis eines zwölfjährigen Kampfes gegen den modernen Revisionismus, der durch einen Putsch die Führung unserer Partei an sich riß.** In den Jahren 1956 bis 1965 zerstörte er sie vollständig und baute auf ihren Trümmern eine Lakaienpartei der Bourgeoisie und des Imperialismus, Agent des Sozialimperialismus, Saboteur der gerechten Kämpfe unseres Volkes, auf, der die Rolle eines wirklichen Feuerlöschers des revolutionären Feuers unseres Volkes und der Flammen der Revolution in unserem Land spielt. Die portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), Erbe der Kampftraditionen unseres Volkes, erhebt das Banner von Marx, Engels, Lenin und Stalin wieder und sammelt entschlossen Kräfte, um ihre historische Mission zu erfüllen und das Proletariat und das Volk Portugals auf die volksdemokratische Revolution, die erste Etappe auf dem Weg des Sozialismus und Kommunismus in unserem Land vorzubereiten."

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
UM CONGRESSO HISTÓRICO
MARCA A RECONSTRUÇÃO DO PARTIDO COMUNISTA
Editorial
DECLARAÇAO DE PRINCIPIOS DO PCP(R)
A MORTE DE CHU ENLAI

„Bandiera Vermelha" („Rote Fahne") — Zentralorgan der PCP (R). Nr. 1 mit dem Titel: „Ein historischer Kongreß".

Zeri i Popullit

Stalin war und bleibt ein grosser Marxist -Leninist

Die bürgerliche Presse in Westdeutschland berichtet häufiger von Aktivitäten sogenannter „moskautreuer Stalinisten" in bestimmten revisionistischen Ländern, vor allem in Jugoslawien. In der Regel steht die Verfolgung dieser „Stalinisten", von der die bürgerliche Presse schreibt, in Verbindung mit der Unterdrückung bestimmter Nationalitäten in diesen Ländern.

Was hat es mit diesen „Stalinisten" und mit ihrer Verfolgung auf sich? Das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens „Zeri i Popullit", gibt darauf in einem Artikel Antwort, den wir im folgenden abdrucken.

Die Haltung gegenüber Stalin war und bleibt eine zutiefst prinzipielle Frage, eine klar festgelegte politische und ideologische Linie. Sie stellt heute und wird auch morgen eine Hauptdemarkationslinie darstellen, die die Marxisten-Leninisten und wahren Revolutionäre von den Revisionisten jeder Schattierung, die fortschrittlichen Kräfte von den reaktionären trennt.

Die Imperialisten, Faschisten und alten und neuen Revisionisten haben aus dem sie charakterisierenden großen Klassenhaß heraus Verleumdungen über die Gestalt und das Werk Stalins erfunden, in der Hoffnung, sie könnten die Geschichte ändern und die Menschen die Wahrheit vergessen machen. Aber der Platz Stalins in der Geschichte ist so hoch und rein, daß es dem bürgerlich-revisionistischen Schmutz nicht gelingt, ihn zu besudeln.

Die Gestalt Josef Wissarionowitsch Stalin ist die Gestalt eines großen Revolutionärs und Marxisten-Leninisten. Stalin ist der Schüler und treue Nachfolger Lenins. Er führte und entwickelte Lenins Denken und Werk weiter. Zusammen mit Lenin legte er die Fundamente des ersten sozialistischen Staates auf der Welt und baute ihn auf. Den Lehren Lenins und den leninistischen Normen gemäß leitete Stalin 30 Jahre lang erfolgreich die Kommunistische Partei der Sowjetunion und den sowjetischen proletarischen Staat in den gewaltigen Schlachten für den sozialistischen Aufbau. Stalin war der ruhmreiche Führer des sowjetischen Volkes und der sowjetischen Armee im Großen Vaterländischen Krieg, der zur Zerschlagung des deutschen Faschismus führte und einen unschätzbaren Beitrag zur Befreiung der Völker Europas und der Welt leistete. Unter Führung Stalins heilte das sowjetische Volk innerhalb kurzer Zeit und ohne materielle Hilfe von irgendjemand die Wunden des Krieges, stellte es die Wirtschaft wieder her und schuf die notwendige Basis für die Weiterentwicklung der Industrie, der Wissenschaft usw.

Als prinzipienfester und konsequenter Revolutionär und Internationalist arbeitete Stalin in der Zeit der Komintern und später für die Entwicklung und Verstärkung der kommunistischen Weltbewegung und der Befreiungsbewegungen. Nach dem 2. Weltkrieg initierte er die Bildung des Informbüros, das, solange es existierte, weise für den Erfahrungsaustausch der Kommunistischen und Arbeiterbruderparteien auf revolutionärer, internationalistischer Grundlage wirkte. Die von ihm gefaßten richtigen Beschlüsse wurden von der Zeit vollkommen bestätigt.

Die Partei der Arbeit Albaniens hat oft von Stalin und seinem Werk gesprochen und es flammend und ununterbrochen vor den Angriffen und Verleumdungen Chruschtschows, der Chruschtschow-Leute und aller Antikommunisten verteidigt. Das gereicht ihr zur Ehre. Sie wird erneut sprechen und sich nachdrücklich gegen die reaktionäre Bourgeoisie und die Revisionisten erheben, die, um die Revolution und die Ideen des Kommunismus zu bekämpfen, Stalin angreifen.

Einzelne Revisionisten und revisionistische Parteien holen, sooft sie vor inneren Schwierigkeiten stehen oder wenn sie bei der Bourgeoisie und dem Imperialismus Kapital herausschlagen wollen, die alten und gescheiterten Arsenale wieder hervor und beginnen, Stalin zu verleumden. Heute ist erwiesen, daß die antistalinistische Kampagne in diesen Parteien von ihrer weiteren opportunistischen Entartung, der Zunahme eines chauvinistischen Geistes und der Bemühungen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer einzumischen, begleitet oder eine Folge davon war. Um ihre gestrandete Sache zu verteidigen, kleben manche Persönlichkeiten dieses Schlags auch ihren persönlichen Feinden oder ihren Konkurrenten um die Macht, den Diversionisten des sowjetischen Sozialimperialismus oder des US-Imperialismus das Etikett „Stalinisten-Informbüroler" an. Das ist aber eine falsche Bezeichnung, denn heute weiß schon jedes Kind, daß Diversionisten, Imperialisten oder Sozialimperialisten nichts mit Stalin, mit dem Informbüro zu tun haben. Zerrissene Kleider mit weißem Faden zuflicken, macht sie nicht neu, ebenso wie Krankheiten nicht durch Beschwörung geheilt werden.

Um ihre Mißerfolge in ihrer nationalen Politik, die eine typisch bürgerlich-nationalistische Politik ist, zu verdecken, gehen diese Persönlichkeiten und revisionistischen Parteien soweit, jeder Nationalität irgendein Etikett anzuheften, sie der „Verehrung" und des „stalinistischen Dogmatismus" anzuklagen, usw. Doch mit solchen Fälschungen und Unterstellungen können sie keineswegs ihr Unrecht vertuschen, können sie keineswegs bei den Menschen die reinen und berechtigten Nationalgefühle ausradieren und genausowenig die Staaten, auf die die modernen Revisionisten anzuspielen versuchen, auch nur im geringsten aus der Ruhe bringen und die Freundschaft unter den Völkern erschüttern.

Stalin war ein großer marxistischer Theoretiker in der nationalen Frage. Falls die Revisionisten das vergessen haben, sollen sie erst einmal Lenin lesen und sich ansehen, wie hoch er die große theoretische und praktische Bedeutung der Werke Stalins über die nationale Frage gewertet und und welchen Kampf Lenin zur Verteidigung der Thesen Stalins vor den Angriffen der Abweichler und anderen Feinden der Revolution geführt hat.

Indem wir zur Verteidigung Stalins über diese Fragen schreiben, möchten wir auf der ideologischen Plattform bleiben. Wenn jedoch die Schreiber und Verteidiger der antimarxistischen Thesen über die nationale Frage das Ziel haben und beabsichtigen, die nationalen Minderheiten zu verfolgen, sollen sie sicher sein, daß die Partei der Arbeit Albaniens jedes Volk und jede Nationalität, die, von wem es auch sei, unterdrückt und verfolgt wird, auf marxistisch-leninistische Weise verteidigen wird. Das ist eine revolutionäre Pflicht und internationalistische Aufgabe, der kein Volk und keine Partei, die für den Sozialismus und die Befreiung der Völker kämpfen, ausweichen kann.

Grussadresse

An das Zentralkomitee der PCP (R)

Liebe Genossen!

Mit großer Begeisterung haben wir die Nachricht vom erfolgreichen Abschluß des Parteitages zum Wiederaufbau der portugiesischen kommunistischen Partei, die Nachricht von der Gründung der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) — PCP (R) — gehört. Zu diesem historischen Ereignis senden wir Euch und durch Euch allen Genossen der Partei, der portugiesischen Arbeiterklasse und dem ganzen portugiesischen Volk unsere allerherzlichsten brüderlichen Glückwünsche und revolutionären Kampfesgrüße. Es lebe die PCP (R), die marxistisch-leninistische Vorhutpartei der portugiesischen Arbeiterklasse!

Liebe Genossen!

Die Gründung Eurer Partei ist ein hervorragender Sieg der portugiesischen Marxisten-Leninisten im Kampf gegen den modernen Revisionismus und alle anderen Formen der Entartung der revolutionären Ideen, des Trotzkismus, des Spontaneismus und anderen Formen des Opportunismus. Die modernen Revisionisten, die verräterische Cunhal-Clique, zerstörten die ruhmreiche 1921 gegründete Kommunistische Partei Portugals und sind, während sie sich mit ihrem Namen schmücken, doch in Wirklichkeit Todfeinde des Marxismus-Leninismus und der Volksrevolution. Todfeinde der revolutionären Bestrebungen des portugiesischen Volkes, die seine gerechten Kämpfe sabotieren und ihnen in den Rücken fallen, ja, die sich in sozialfaschistischer Manier an seiner Unterdrückung beteiligen. Die Ereignisse seit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes haben all das besonders klar bewiesen. Sie sind Lakaien der Bourgeoisie und des Imperialismus, Agenten des russischen Sozialimperialismus.

Dennoch! Trotz größter Schwierigkeiten, durch die Blut- und Terrorherrschaft des faschistischen Caetano-Regimes in die tiefste Illegalität gezwungen, trotz des Mordes an vielen revolutionären Kämpfern, der hundertfachen Einkerkerungen und Verfolgungen, verteidigten die portugiesischen Marxisten-Leninisten kühn und mutig das Banner des Marxismus-Leninismus gegen die revisionistischen Verräter, führten sie einen erbitterten zwölfjährigen Kampf, der jetzt mit der Gründung der PCP (R), der Erbin der revolutionären Kampftraditionen des portugiesischen Volkes und der 1921 gegründeten Kommunistischen Partei Portugals gekrönt worden ist. Der Marxismus-Leninismus ist unbesiegbar!

Liebe Genossen!

Das portugiesische Volk hat sich mit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes einige Freiheiten erkämpft. Die Feinde sind aber nicht geschlagen, die konterrevolutionären Kräfte wagen es sogar schon wieder, aufrechte revolutionäre Marxisten-Leninisten und Antifaschisten in die Gefängnisse zu stecken, während die faschistischen Todfeinde des Volkes in Freiheit gesetzt werden. Nach wie vor bleiben der Imperialismus, vor allem der amerikanische Imperialismus und der Faschismus die Hauptfeinde des portugiesischen Volkes, während der russische Sozialimperialismus versucht, mit aller Kraft in Portugal einzudringen.

Zu den Feinden des portugiesischen Volkes zählt auch der westdeutsche Imperialismus. Seit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes haben die westdeutschen Imperialisten nichts unversucht gelassen, um den Vormarsch der Revolution zu stoppen und überall die reaktionären, konterrevolutionären Kräfte von Soares bis hin zu den offenen Faschisten zu stärken. Die westdeutschen Imperialisten verteidigen dabei auch vor allem ihr Privileg, sich durch die Ausbeutung der portugiesischen Arbeiterklasse zu mästen.

Nur durch die Volksrevolution kann sich das portugiesische Volk vom Imperialismus befreien, seine wirkliche nationale Unabhängigkeit erkämpfen und auf dem Weg des Sozialismus sicher vorwärtsschreiten. Die Gründung der PCP (R) ist die sichere Gewähr dafür, daß die portugiesische Arbeiterklasse und das Volk ihre historische Mission erfüllen werden und den Sieg in der volksdemokratischen Revolution, der ersten Etappe auf dem Weg des Sozialismus und des Kommunismus erkämpfen.

ES LEBE DIE PCP (R)!

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten

Iran

Neue Verbrechen des Schah-Regimes

Kurz nach dem kaltblütigen Mord an neun iranischen Patrioten, die beschuldigt waren, drei Offiziere der US-imperialistischen Besatzer hingerichtet zu haben, hat das faschistische Schahregime im Iran zehn weitere Patrioten ermordet.

In der im Nordwesten des Iran gelegenen Stadt Täbris gelang es den faschistischen Polizeikräften, eine Gruppe von Patrioten zu überfallen und fünf von ihnen zu töten. Ähnliche Aktionen führte die Polizei in Teheran und drei weiteren Städten im Norden des Landes durch. Dabei wurden ebenfalls fünf Patrioten ermordet. **Die iranischen Patrioten ergaben sich allerdings nicht kampflos, sie verteidigten sich bis zuletzt und fielen mit dem Gewehr in der Hand im Kampf.** Im Kampf gelang es ihnen auch, einen der faschistischen Schergen zu erschießen und damit seiner gerechten Strafe zuzuführen. Wie üblich, hat das Schahregime in einer offiziellen Verlautbarung die Patrioten als „Terroristen" beschimpft. Die ganze Welt weiß aber, daß es in Wirklichkeit das Regime selbst ist, das mit Mord und Terror die breiten iranischen Volksmassen unterdrückt und jede Regung des Widerstands, jede fortschrittliche und patriotische Meinung, jede revolutionäre und marxistisch-leninistische Bestrebung grausam unterdrückt. Bei der Unterdrückung des Volkes und der revolutionären und marxistisch-leninistischen Kräfte spielt der berüchtigte, vom CIA aufgebaute, Geheimdienst SAVAK eine Hauptrolle. So bestätigte jetzt ein junger Deutscher, der einige Zeit in iranischen Kerkern gefangengehalten wurde, daß die vom SAVAK geleiteten Kerker Folterkeller und Mordverließe sind. Er berichtete, daß die Schreie der mit Elektroschocks, durch Schläge mit Bleikabeln, Faustschläge und auf andere sadistische Art und Weise Gefolterten Tag und Nacht zu hören waren.

Der Schah selbst brüstete sich jetzt anläßlich des 13. Jahrestages der sogenannten „weißen Revolution" der „himmlischen und geistigen Bande", die zwischen ihm und der Nation bestünden und prahlte mit einer angeblich von ganzem Herzen kommenden Sympathie der Bevölkerung. In Wirklichkeit aber hassen die unterdrückten und ausgeplünderten Volksmassen das Regime des Schahs und verstärken, wie die häufigen Meldungen über das Auftauchen von „Terroristen" zeigen, ihren Kampf. Freundschaftlich durch höchst „irdische Bande" verbunden ist der Schah allerdings den ausländischen imperialistischen Mächten, vor allem dem amerikanischen Imperialismus, aber auch dem westdeutschen Imperialismus und nicht zuletzt den russischen Sozialimperialisten. Die Imperialisten sitzen dem iranischen Volk im Nacken, plündern seine Reichtümer und seine Arbeitskraft, während der Schah, als ihr Kettenhund, das Volk mit der brutalsten Gewalt niederhält.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

10. Jahrestag der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles

Am 15. Februar feiert die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles (RKPCh) den 10. Jahrestag ihrer Gründung. Anläßlich dieses hervorragenden Ereignisses drucken wir in Auszügen den Artikel „Es lebe der 10. Jahrestag der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles“, der vor kurzem in den „Ediciones ML“ in Chile veröffentlicht wurde, ab.

Die RKP wurde im Kampf gegen den Verrat des modernen Revisionismus gegründet. Als die „K“P Chiles nur zwei Monate nach dem 20. Parteitag der KPdSU auf ihrem 10. Parteitag in Chile die von Chruschtschow formulierten antimarxistischen Thesen annahm, bildete sich aufgrund dieses Verrats am Marxismus innerhalb der „K“P eine Opposition der ehrlichen und dem Marxismus-Leninismus treu ergebenen Kämpfer.

„Im Jahre 1963“, heißt es dann in dem Artikel, „ bildet sich innerhalb der alten ‚K‘P eine Gruppe, die sich ESPARTACO (Spartakus) nannte und im offenen Kampf und Widerstreit gegen die opportunistischen Führer die antirevisionistischen Veröffentlichungen Chinas und Albaniens herauszugeben und zu verteilen begann. Schon bald begannen die Mitglieder von ESPARTACO auch damit ihre eigenen kritischen Materialien zu veröffentlichen und schließlich gründeten sie sich Ende 1963 als unabhängige politische Gruppe. Von diesem Augenblick an begannen sie eine intensive Massenarbeit und eine breite ideologische und propagandistische Arbeit, indem sie die Zeitung „Combate“ und die theoretische Zeitschrift „Principios Marxista-Leninistas“, sowie zahlreiche Broschüren herausgaben. Seit ihrer Entstehung hatte die Gruppe ESPARTACO auch die Pflicht, gegen die Versuche der Trotzkisten anzukämpfen, die den Kampf gegen den Revisionismus für ihr Eindringen auszunutzen versuchten und gegen die Farce einer Alternative, die von den kubanischen Führern gezeigt wurde, die aber in Wirklichkeit den sowjetischen Revisionisten diente.“

In dem Artikel heißt es dann weiter, daß das Zusammentreffen der Führer von ESPARTACO im Jahre 1964 mit dem Vorsitzenden der KP Chinas, Genossen Mao Tse-tung, für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei in Chile von entscheidender Bedeutung war.

Am Gründungsparteitag der revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, der im Februar 1966 in der Illegalität abgehalten wurde, beteiligte sich neben der Gruppe ESPARTACO auch die ‚Union Rebelde Comunista‘, eine Organisation aus dem Norden des Landes. Neben den 93 Delegierten, unter denen die Arbeiter und Bauern dominierten nahmen an dem Parteitag auch Delegationen der marxistisch-leninistischen Bruderparteien und -organisationen aus Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador und Peru teil.

„Seit der Gründung“, heißt es in dem Artikel weiter, „konzentrierte die RKP ihre Kräfte darauf, sich an die Spitze der Volksmassen zu stellen, um sie unter der Führung des Proletariats zur Eroberung der Macht aus den Händen des Yankee-Imperialismus, der Monopolbourgeoisie und der Großgrundbesitzeroligarchie zu führen; zu einem volksdemokratischen Regime, das den Übergang zum Sozialismus und zum Kommunismus erlaubt. Die Organisation der RKP ist grundsätzlich illegal — und das nicht nur unter der faschistischen Diktatur, sondern auch, als in Chile die bürgerliche Demokratie herrschte. Als gewisse legale Garantien bestanden, nutzte die RKP diese für ihre revolutionäre Politik aus, wobei sie es aber systematisch vermied, ihre Aktivitäten und ihre Organisation in die Form der bürgerlichen Parteien abgleiten zu lassen.

Die RKP widerstand der Welle des Opportunismus, die sich mit dem Sieg der ‚Unidad Popular‘, die von den Revisionisten geführt wurde, ausbreitete und zeigte den Massen die wirkliche Bedeutung dieses Experiments, sowie sein Schicksal. Sie war die einzige Partei, die sich weigerte, den Staatskapitalismus, den die ‚Unidad Popular‘ einführen wollte, mit dem Sozialismus zu verwechseln, den reinen Wahlerfolg mit der Eroberung der Macht zu verwechseln. Sie war die einzige Partei, die stets den reaktionären, repressiven und gegen das Volk gerichteten Charakter der chilenischen Armee entlarvte.

Während der Regierung der ‚Unidad Popular‘ widmete sich die RKP ganz der Intensivierung des Klassenkampfes und der Kräftesammlung um ein revolutionäres Programm, das es erlauben würde, die putschistische Verschwörung zu zerschlagen und zu einer wirklichen Machtergreifung durch das vom Proletariat geführte Volk zu gelangen. Wegen des langen und starken Einflusses des Opportunismus in Chile, der in der Maske des Marxismus auftritt, sowie wegen der Fehler in der Anwendung ihrer korrekten politischen Linie, schaffte es die RKP nicht, das Gros unseres Volkes auf ihre revolutionäre Linie zu führen. Darüberhinaus mußten harte Kämpfe innerhalb der Partei geführt werden, die Ausdruck des allgemeinen Klassenkampfes gegen die revisionistische Infiltration waren, die versuchte, die Partei von ihrer unabhängigen Klassenlinie abzubringen und später, als dies nicht gelang, sie einfach zu zerstören.

Dennoch erntet die RKP heute, unter den äußerst harten Bedingungen der Unterdrückung durch den Faschismus, die Früchte ihrer ideologischen Standhaftigkeit und ihrer festen Verbindungen zu den Massen, die durch ihre leninistische Organisation gestärkt werden. **Der 10. Jahrestag ihrer Gründung findet die Partei am Vorabend des Krieges gegen die faschistische Diktatur.** Ihre Ideologie, die es ihr erlaubte, den Putsch vorauszusehen und sich zeitig darauf vorzubereiten und ihr illegaler Aufbau haben es ihr gestattet, die Partei fast in der Gesamtheit ihrer Kräfte und revolutionären Aktivitäten in Chile zu erhalten. Die RKP ist weit davon entfernt, von der Unterdrückung zerschlagen zu werden; sie hat sich außerordentlich entwickelt und ihre Verbindungen zu den Massen vervielfacht; sie spielt eine immer entscheidendere Rolle in der Organisierung des Widerstandes.

Unsere Partei feiert ihren 10. Jahrestag eng vereint mit ihren Zentralkomitee mit vollem Vertrauen in die Zukunft. Die Mitglieder der Partei haben der Unterdrückung mit der höchsten revolutionären Moral standgehalten. Niemand hat das Land ohne ausdrücklichen Beschluß — um nicht zu sagen, auf Befehl der Führung der Partei — verlassen.

Wir sind zu recht stolz auf unsere Partei und feiern diesen 10. Jahrestag mit erhobener Stirn, denn wir erfüllen unsere revolutionäre Pflicht gegenüber dem Volk Chiles.“

Kolumbien

Neue Erfolge der Volksbefreiungsarmee

In letzter Zeit unternahmen die Abteilungen der Volksbefreiungsarmee Kolumbiens eine Reihe Aktionen gegen die in die nordöstlichen Gebiete verlegten Regierungstruppen, gegen die Grundherren, gegen Waffendepots und Agenten der Reaktion.

In Mittel-Magdalena griffen Kräfte der Befreiungsarmee eine Streife der Marionettenarmee an, töteten einen Offizier und verwundeten einige Soldaten. In Urabá kreisten die Partisanen eine Fernmeldestation der Regierungstruppen ein und lieferten sich mit den reaktionären Kräften heftige Gefechte. Durch den Feuerhagel waren die Marionettensoldaten gezwungen, die Station aufzugeben. Den Kräften der Volksbefreiungsarmee fiel somit eine große Menge Heeresausrüstungen in die Hände. Weitere bewaffnete Aktionen fanden im Süden von Córdoba und anderswo statt.

Die Presse meldet ebenfalls, daß Kräfte der Volksbefreiungsarmee gemeinsam mit Hunderten Bauern in Penna del Sucre die Grundherren angriffen, das Land der Grundherren besetzten und an die armen Bauern verteilten. Die Partisanen und Bauern organisierten in Zusammenarbeit die Verteidigung des besetzten Landes. Etliche Aktionen führten die Partisanen gegen Spione der Verräter durch und töteten einige von ihnen.



„EPL“ —in Kolumbien erscheinendes Informationsorgan des „Volksheeres zur Befreiung Kolumbiens“.

Die Aktionen der Kräfte der Volksbefreiungsarmee Kolumbiens sind Ausdruck des wachsenden Kampfes des kolumbianischen Volkes gegen die reaktionäre Diktatur. **Das kolumbianische Volk betrachtet den bewaffneten Kampf als objektive Notwendigkeit, als ein unerläßliches Mittel, um den alten Staatsapparat zu zerbrechen und die Volksmacht zu errichten.** Die patriotischen Juntas (entsprechen etwa den Volksräten, die in Albanien während des Befreiungskrieges als Keime der Volksmacht entstanden — RM), die im Kampf geschaffen werden, sind die ersten Keime des aus dem Gewehrlauf kommenden neuen kolumbianischen Staates. Die reaktionäre Oligarchie kann sich mit dieser Lage nicht abfinden. Sie tut alles, um ihre Privilegien zu erhalten. Sie verstärkt den Unterdrükkungsapparat, die Organe der Diktatur der Bourgeoisie, begeht Verbrechen und kerkert die Patrioten und Kämpfer ein, womit sie den Kampf des kolumbianischen Volkes liquidieren will. Ein offener Ausdruck davon ist, daß sie in letzter Zeit aufeinanderfolgende Operationen gegen die Befreiungskräfte organisierte. Wie gemeldet wird, wurden gegen die Volksbefreiungsarmee Kolumbiens aus 50000 Mann bestehende Kräfte der 4. Brigade geschickt und außerdem zahlreiche Reservisten aufgeboten. Diese „Rostrillio“ genannte Operation erstreckte sich über weite Gebiete, nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten.

„*Das machthabende Regime*“, heißt es in einem Kommunique der Volksbefreiungsarmee Kolumbiens, „*hat die Zerschlagung der Befreiungskräfte und der gefährlichen Volksabteilungen auf die Tagesordnung gesetzt. Doch auch diesmal kehrten die Kräfte des Marionettenregimes mit leeren Händen zurück. Die Operation der 4. Brigade scheiterte. Ihre Waffen zerbrachen erneut angesichts der Manövrierfähigkeit und Schnelligkeit, der Organisiertheit und Tapferkeit der Kräfte der Volksbefreiungsarmee, was abermals zeigte, daß der Kampf des kolumbianischen Volkes unbezwingbar ist.* ***Die Volksbefreiungsarmee wird unter Führung der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten künftig noch größere Siege erringen bis zum endgültigen Sieg über die Herrschaft der Oligarchie und des US-Imperialismus.***“

Oman-Aktionswoche hat begonnen

In diesen Tagen wird in verschiedenen Städten der Bundesrepublik eine Aktionswoche für die Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman und seiner Befreiungsorganisation, der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO) durchgeführt.

Seit über zehn Jahren kämpft das Volk von Oman mit dem Gewehr in der Hand, um die Knechtschaft der ausländischen Imperialisten, vor allem des amerikanischen Imperialismus und des britischen Imperialismus, dessen Kolonialtruppen im Oman einen barbarischen Krieg gegen das Volk führen, zu brechen und das Regime des Sultan Kabus, eines Lakaien des Imperialismus, welches das Volk unterdrückt, wo Sklaverei und feudale Unterjochung herrschen, zu zerschmettern. Das Volk von Oman muß auch wachsam gegenüber der anderen Supermacht, dem russischen Sozialimperialismus sein, der, als Freund getarnt, versucht, im Oman einzudringen, die Reihen der Befreiungskämpfer mit dem Gift des Revisionismus zu zersetzen — alles mit dem Ziel, in seiner Rivalität mit dem US-Imperialismus, sich des strategisch wichtigen Oman zu bemächtigen, dem Volk die Früchte der Revolution zu rauben und es zu unterjochen.

In dem Aufruf des Informationskomitees der PFLO, der Grundlage der Aktivitäten in der Aktionswoche, wird auch besonders die volksfeindliche Rolle des westdeutschen Imperialismus hervorgehoben. „*Die westdeutschen Monopole*“, heißt es dort, „*beliefern die iranische Invasionsarmee mit den neuesten Waffen, andere westdeutsche Monopole wie Strabag und Gelsenberg beteiligen sich an der Ausbeutung des omanischen Reichtums und erfüllen ihren Teil an dem militärischen und politischen Plan zur Unterdrückung der omanischen Revolution.*“

Die Aktionswoche wird von einer Reihe von revolutionären Organisationen unterstützt und getragen. Auch unsere Partei unterstützt die Aktionswoche und wird sich, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, an den geplanten Aktionen beteiligen. Es ist selbstverständlich, daß wir uns dabei die vollste Freiheit und Selbstständigkeit der Agitation und Propaganda vorbehalten und unser besonderes Augenmerk darauf richten, die heimtükische, gegen das Volk von Oman gerichtete Politik des russischen Sozialimperialismus und seiner revisionistischen und trotzkistischen Handlanger zu entlarven. Die modernen Revisionisten der D„K“P und die trotzkistischen Verräter der IV. Internationale haben in einer revolutionären Solidaritätswoche zur Unterstützung des Kampfes des omanischen Volkes nichts zu suchen.

Das Volk von Oman kämpft bereits, gestützt auf seine eigenen Kräfte, über zehn Jahre lang gegen seine Feinde. Es hat in dieser Zeit große Erfolge errungen und zahlreiche Schwierigkeiten überwunden. Es wird sicherlich, auch wenn der Weg noch lang und gewunden sein mag, seine Heimat vollständig befreien.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Wuppertal

Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen geht weiter

In Wuppertal geht der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen weiter. Nach einer Schienenbesetzung am 10. 1. und einer Demonstration am 17. 1., an der rund 1500 Menschen teilnahmen, wurden in der darauffolgenden Woche weitere Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen durchgeführt. Die Aktionen werden getragen von einem Komitee, das vor einiger Zeit auf Initiative der Roten Garde gegründet worden war. Die Rote Garde Wuppertal berichtet:

Montag, den 19.1.76: Der Stadtrat hat eine Sitzung angekündigt. Das Komitee beschließt, eine Kundgebung vor dem Rathaus abzuhalten. Das Rathaus ist lückenlos von Polizeikräften abgesperrt worden. Nachdem ein Sprecher des Komitees per Megaphon die Ausplünderungspolitik des Stadtrates anprangert, greift die Polizei ein und verhaftet 12 Demonstranten.

Dann gibt die Polizei über Megaphon bekannt, daß jede Ansammlung von mehr als 3 Personen verboten sei und aufgelöst würde. Eine Hetzjagd von mit Knüppeln, Schildern und Helmen ausgerüsteten Polizisten begann. Die Wuppertaler Polizeihundestaffel (eine der bestausgebildetsten und größten im Bundesgebiet) durfte natürlich nicht fehlen.

Dienstag, den 20.1.76: Ein Genosse wird beim Verteilen eines Flugblattes gegen die Fahrpreiserhöhungen verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. Begründung: das Flugblatt der KPD/ML sei verboten.

Während einerseits die revolutionäre Propaganda verfolgt wird, der Bevölkerung so auch die Information über Kampfmaßnahmen vorenthalten wird, hetzt die Bourgeoisie täglich in ihren lokalen Schmierblättern. Nicht nur gegen den gerechten Kampf der Bevölkerung, sondern vor allen Dingen gegen das „Komitee gegen die Fahrpreiserhöhung", das nur eine Tarnung der KPD/ML und des KBW sei und versucht so, die kämpfende Bevölkerung und die Kommunisten auseinanderzudividieren.

Mittwoch, den 21.1.76: Das Komitee führt eine große Flugblattaktion durch. Selbst zum „simplen" Flugblattverteilen wartet die Polizei mit mindestens 10 Mannschaftswagen und einer Hundestaffel auf. **Da auch dieses Flugblatt als verboten gilt, wird ein Verteilersystem ausgemacht, das sich als sehr gut erweist.** Hier zeigt sich, daß das, was Genosse Ernst Aust gesagt hat: „Die Stärke einer revolutionären Organisation besteht in der Anzahl ihrer Verbindungen." — vollkommen richtig ist. Niemand konnte verhaftet werden.

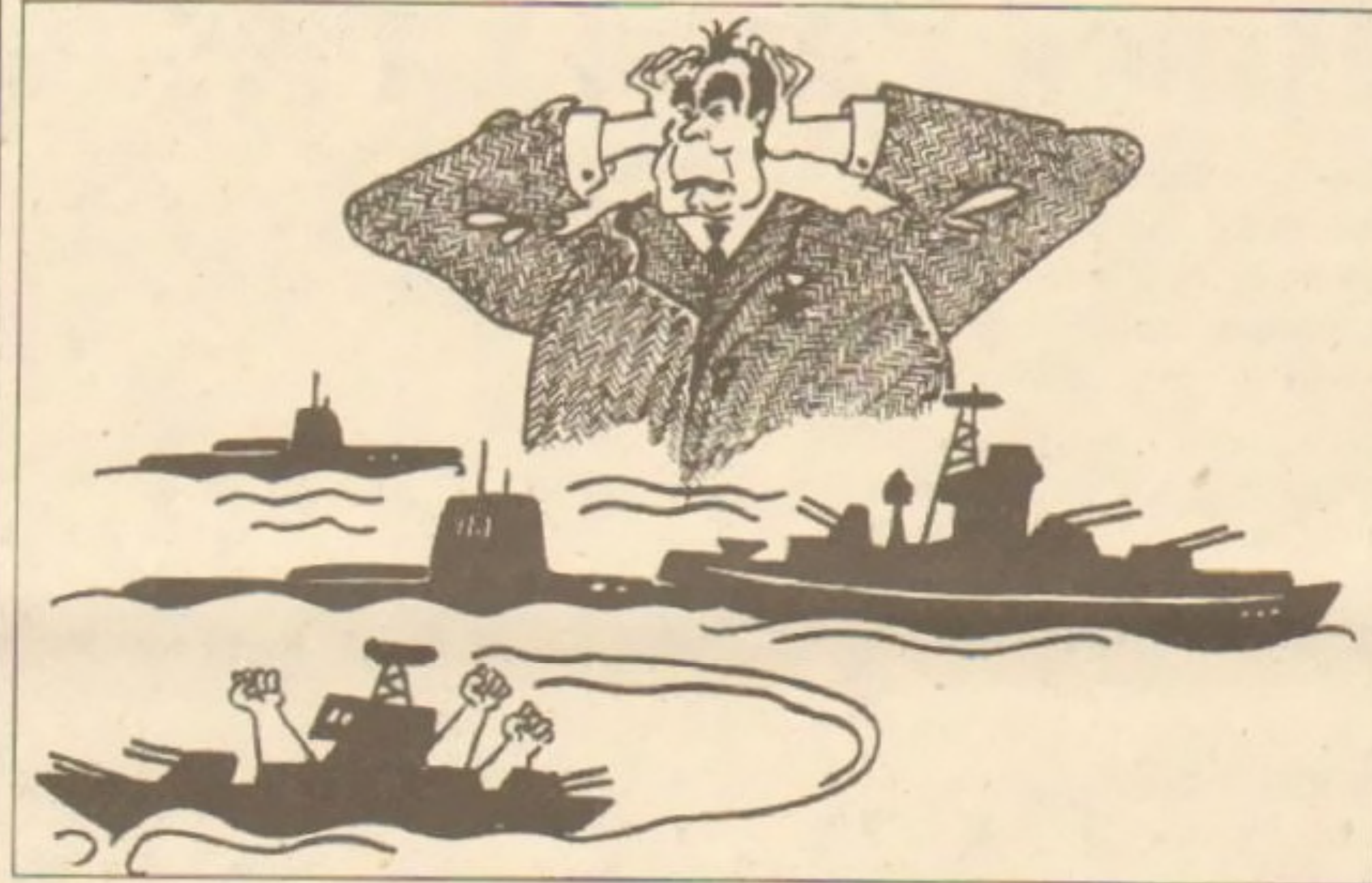
Samstag, 24.1.76: An diesem Tag findet die 3. Demonstration am dritten Samstag hintereinander statt. Das hat man in Wuppertal schon lange nicht mehr erlebt. Die Demonstration ist genehmigt und der Verlauf planmäßig. Zur Abschlußkundgebung kommen rund 800 Menschen. Das ist insofern ein Erfolg, als für diese Demonstration nur wenig mobilisiert worden ist. Nach der Abschlußkundgebung wird der Wall besetzt. Die Polizei hat offenbar damit gerechnet und nutzt die Tatsache aus, daß sie den Demonstranten kräftemäßig weit überlegen ist: sie hält erst die Zugangsstraßen zum Wall besetzt; löst die Sperren auf, als die Demonstranten kommen und formiert sich dann auf dem Wall neu. Die Polizei geht dann mit besonderer Brutalität gegen die Demonstranten vor. Es werden realtiv viele Verhaftungen vorgenommen. Die Demonstration löst sich daraufhin auf. Wieder haben viele Menschen gesehen, wie der Stadtrat reagiert, wenn die Bevölkerung gegen die Ausplünderung protestiert: mit dem Polizeiknüppel.

Insgesamt sind 50 Menschen während der Aktionen verhaftet worden. Aber nicht nur diesen 50 soll der Prozeß gemacht werden. Dem K 14 bekannte Kommunisten und fortschrittliche Menschen erhielten ebenfalls, obwohl sie überhaupt nicht verhaftet worden waren, Strafanzeigen wegen der ersten Schienenbesetzung.

Diese Maßnahmen zeigen deutlich die zunehmende Faschisierung des Staatsapparates. Die Bourgeoisie will mit ihrem Anzeigenterror einerseits und dem Polizeiterror andererseits die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen ersticken. Hier ist es unsere Aufgabe als Kommunisten, die Bevölkerung zum Kampf gegen den staatlichen Terror zu mobilisieren und ihnen zu erklären, daß die Polizei diesen Terror deshalb ausübt, weil der kapitalistische Staat zur Unterdrükkung der Werktätigen da ist. Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht. Die riesigen Polizeiaufgebote und der Polizeiterror sind kein Grund zur Resignation. Sie zeigen, daß die Bourgeoisie den Kampf der Werktätigen fürchtet. Das haben viele Wuppertaler und das haben die meisten Mitglieder des Komitees erkannt. Das Komitee hat klar gesagt, daß der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen weitergeht. Als nächste Aktion ist eine Großveranstaltung geplant.

Meuterei auf Kriegsschiff der UdSSR

Am 7. November 1975, dem Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, fand auf einem russischen Kriegsschiff in der Ostsee eine Meuterei der Mannschaft statt. Es soll sich nach Angaben der bürgerlichen Presse um 42 Mannschaftsmitglieder des Patrouillenbootes 628 der Kotlin-Klasse handeln.



Neeiin! Jetzt haben wir die größte Flotte der Welt — und da machen plötzlich die Matrosen nicht mehr mit.

Die Meuterei hat im Anschluß an die Flottenparade aus Anlaß der „Revolutionsfeiern" stattgefunden. Die Mannschaft sperrte die Offiziere in ihre Kabinen und nahm mit dem Schiff — statt auf Leningrad — Kurs auf Schweden. U-Boote der SU-Flotte und Hubschrauber starteten eine großangelegte Suchaktion. Kurz bevor das Schiff die russischen Hoheitsgewässer verlassen hatte, wurde es abgefangen. Die Mannschaftsmitglieder wurden verhaftet und nach Riga gebracht.

Russische Militärzeitschriften bestätigten Probleme in der Marine. Ein Kapitän Valkow berichtete im „Roten Stern" von Disziplinarschwierigkeiten aufgrund langer Dienstzeit und der Enge an Bord. Ein Kapitän Pijuschkin berichtete in der gleichen Zeitschrift über die Vernachlässigung von Waffen und Gerät auf russischen Kriegsschiffen. Er deutete an, daß möglicherweise Sabotage vorkomme.

Die Meldung über diesen Matrosenaufstand zeigt, daß auch in der Sowjetunion — entgegen den Theorien der Kreml-Ideologen — letztendlich nicht die Waffen entscheiden, sondern der Mensch. Auch für die, die wie wahnsinnig aufrüsten, um sich die gesamte Welt untertan zu machen, gilt, was Berthold Brecht in Bezug auf den Hitlerfaschismus gesagt hat:

„General, dein Tank ist ein starker Wagen
Er bricht einen Wald nieder und zermalmt hundert Menschen
Aber er hat einen Fehler:
Er braucht einen Fahrer.

General, dein Bombenflugzeug ist stark
Es fliegt schneller als der Sturm und trägt mehr als ein Elefant
Aber es hat einen Fehler:
Es braucht einen Monteur.

General, der Mensch ist sehr brauchbar
Er kann fliegen und er kann töten.
Aber er hat einen Fehler:
Er kann denken!"

"Da befahl ich den Abflug..."

Durch ihre Entschlossenheit haben im Mai vergangenen Jahres ein Bauer und sein neunzehnjähriger Sohn aus Borken in der Nähe von Kassel ein ganzes „Geschwader" von fünf Hubschraubern der Bundeswehr von ihrem Grund und Boden verjagt und in die Flucht geschlagen.

Der „Schwarmführer", ein Hauptmann, fühlte sich dadurch „genötigt", erstattete Anzeige; und so wurde der Vorfall jetzt vor einem Kasseler Schöffengericht verhandelt. Mit einer Geldstrafe von 500 DM ahndete der Richter die, wie er sagte, „nicht zu billigende Handlungsweise" des angeklagten Bauern.

Was war geschehen? Am 28. Mai hatten der Bauer und sein Sohn, beide bei der Arbeit, bemerkt, wie sich fünf Hubschrauber ihrem Anwesen näherten. Als sie sahen, wie die Hubschrauber in einer Waldlichtung zu Boden gingen, setzten sie sich, in Sorge um ihre Wiese, die in den nächsten Tagen abgemäht werden sollte, sofort in ihr Auto und fuhren los.

„Seit 1968", so der Bauer vor Gericht, *„wurde meine Wiese oft verwüstet. Von wem, wußte ich nicht. Da sah ich die Hubschrauber. Sie waren im hohen Gras gelandet, statt nebenan auf der Wiese, die schon gemäht war."*

Empört und voller Zorn über die Rücksichtslosigkeit der Hubschrauberstaffel schrie der Bauer jedenfalls die Soldaten an: *„Haut ab!"* Und, um seinen Worten den nötigen Nachdruck zu verleihen, zog er eine Spielzeugpistole aus der Tasche und richtete sie auf die Soldaten.



Das wirkte. Der Schreck fuhr dem „Schwarmführer" in die Glieder und die NATO-Übung, zu der er mit seiner Truppe ausgerückt war, nahm ein unvorhergesehenes Ende. Der Hauptmann vor Gericht: *„Der Herr fuchtelte mit der Waffe herum und ich war überzeugt, daß es im nächsten Moment knallen könnte. Da befahl ich den Abflug."* Ein anderer Offizier, der als „Waffenexperte" vor Gericht auftrat, wollte in der Spielzeugpistole sogar einen Vorderlader, Kaliber 44, gesehen haben, *„der in der Sonne schimmerte"*.

Die Hubschrauber jedenfalls ergriffen die Flucht, vertrieben von einem Bauern, der entschlossen war, die Verwüstung eines Teils seines Grund und Bodens durch die imperialistische Bundeswehr nicht zu dulden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Bestellschein

An Verlag G. Schubert

Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

○ **Abonnement ab Nr. .....**
○ **Probenummer**

....
Name, Vorname

....
Straße

....
PLZ, Ort

....
Datum, Unterschrift

Preis 30 DM. Der Betrag ist im voraus zu überweisen auf PSchKto Dortm. 417 06 — 466 oder Stadtsparkasse Dortmd. Nr. 321 004 393. Das Abonnement verlängert sich um 1 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Di und Do 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

KITZINGEN

„Vorwärts mit dem ROTEN MORGEN, vorwärts mit der KPD/ML!" 12. 2. 76, 20 Uhr, Saal des Siedlerheims, Egerländerstraße.

GEMEINSAME VERANSTALTUNGEN VON KPD/ML UND GRF (KPD)

FREIBURG

„Wer ist der Hauptfeind?" 13.2.76, 19.30 Uhr, Gasthaus Paradies, Friedrich-Ebert-Platz.

BIELEFELD

13. 2. 76, 19 Uhr, Im alten Gasthaus, Detmolderstraße.

Veranstaltung der Roten Garde

DORTMUND

Veranstaltung zum 14. Strafrechtsänderungsgesetz. 14. 2., 18 Uhr, „Haus Möllmann", Kesselstr./ Landwehrstraße.
